

DIE FRIEDLICHE REVOLUTION

VOM HERBST 1989 BIS ZUR DEUTSCHEN EINHEIT

EHRHART NEUBERT



INHALT

5		VORWORT
7		REVOLUTION IN DEUTSCHLAND 1989/90
9		KRISENZEICHEN 1988/89
16		OFFENER KONFLIKT SEPTEMBER 1989
28		REVOLUTIONÄRE ZUSTÄNDE OKTOBER 1989 BIS 9. NOVEMBER 1989
44		MAUERFALL UND MACHTSCHWUND DER SED 9. NOVEMBER 1989 BIS JANUAR 1990
63		FREIE WAHLEN UND WIEDERVEREINIGUNG
70		ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS
71		WEITERFÜHRENDE LITERATUR
72		DER AUTOR
72		ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER- STIFTUNG

*Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch
elektronische Systeme.*

© 2009, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

*Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.
Printed in Germany.*

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

VORWORT

Im Jahr 2009 jähren sich zwei Schlüsselereignisse der deutschen Geschichte. Die Bundesrepublik Deutschland wird 60 Jahre alt und zugleich feiern wir 20 Jahre Friedliche Revolution in der DDR.

Mit der Verabschiedung des Grundgesetzes am 8. Mai 1949 durch den Parlamentarischen Rat – dem vierten Jahrestag der Kapitulation des „Dritten Reiches“ – schufen die Deutschen eine neue staatliche Ordnung, die sich vom alten, im Krieg endenden Regime wesentlich durch ihren freiheitlichen Charakter, durch den Aufbau und das Leben von Demokratie und durch konsequente Rechtsstaatlichkeit unterscheidet. Von diesen Eigenschaften und dem einsetzenden wirtschaftlichen Aufstieg der Bundesrepublik profitierten jedoch nicht alle im geteilten Deutschland. Eine demokratische Erneuerung blieb den Menschen in der DDR noch weitere Jahrzehnte verwehrt. Erst als die Friedliche Revolution 1989 begann, setzten mutige DDR-Bürger Prozesse in Gang, an deren Ende schließlich die Überwindung des diktatorischen SED-Staates stand und die Einheit Deutschlands „in freier Selbstbestimmung“ vollendet wurde, wie es das Grundgesetz allen Deutschen gebot.

Bei beiden Ereignissen haben Christliche Demokraten und christdemokratische Konzepte eine entscheidende Rolle gespielt, Grundsteine für den Erfolg der Bundesrepublik Deutschland gelegt und diesen fortgeschrieben.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung gedenkt dieser Jubiläen mit zahlreichen Veranstaltungen und Publikationen. Mit der Reihe „Weichenstellungen in die Zukunft“ wollen wir die zentralen Entscheidungen und politischen Entwürfe in 60 Jahren Bundesrepublik wieder verstärkt ins Bewusstsein der Öffentlichkeit rücken. Die Themenreihe zu 20 Jahren Friedliche Revolution erinnert nicht nur an die erste erfolgreiche deutsche Freiheitsrevolution, sondern thematisiert auch die vorangegangene, vier Jahrzehnte andauernde DDR-Diktatur.

Die Bände wenden sich an alle, die sich für die historischen Ereignisse interessieren oder um die politische Bildung bemühen. Dabei geht es jedoch nicht nur um die Erinnerung an vergangene Schlüsselereignisse, sondern auch um ihre Auswirkungen in Gegenwart und Zukunft.

Der vorliegende Band widmet sich der Friedlichen Revolution. Im ersten Teil schildert der Autor die Ausgangssituation der DDR im Herbst 1989 und beschreibt die Bedeutung der DDR-Opposition, der immer größer werdenden Demonstrationen und der Massenflucht der DDR-Bürger in die Bundesrepublik für den Fall der Mauer. Im zweiten Teil der Publikation geht es um die Zeit nach dem 9. November 1989 – die Gestaltung der deutschen Einheit.

Um Interessierten einen tieferen Zugang zu dem Thema zu erleichtern, ist am Ende ein Literaturverzeichnis angeführt.

Ein besonderer Dank gebührt dem Autor Dr. Ehrhart Neubert.

Berlin, im August 2009

Dr. Ralf Thomas Baus
Leiter Team Innenpolitik
Hauptabteilung Politik und
Beratung
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Stefanie Pasler
Team Innenpolitik
Hauptabteilung Politik und
Beratung
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

REVOLUTION IN DEUTSCHLAND 1989/90

Es gab sehr wenige Menschen, die Anfang 1989 mit dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums gerechnet hatten. Niemand konnte sich vorstellen, wie und wann das geschehen würde. Anzeichen der Krise gab es seit Jahren. Aber angesichts der gewaltigen militärischen Potenziale und der inneren Sicherheitsapparate erschien der Kommunismus stabil. Die Politik der freien Länder zielte auf Entspannung und ein friedliches Nebeneinander, ohne mit dem zu rechnen, was schließlich geschah: Erfolgreiche Revolutionen führten zur Etablierung demokratischer Republiken in den östlichen Ländern. Zugleich wurde damit die Grundlage für den bis heute anhaltenden europäischen Einigungsprozess geschaffen. Zu ihnen gehörte auch die Friedliche Revolution in der DDR, die ohne Umschweife innerhalb eines Jahres in die Wiedervereinigung mündete.

Für uns Deutsche ist die Erinnerung an diese Großereignisse wichtig, weil mit dieser Revolution erstmals ein freiheitlicher und geeinter Nationalstaat aus eigener Kraft entstand. Die demokratischen Revolutionen von 1848 und 1918 konnten keine beständigen Demokratien erreichen. Und die erfolgreiche demokratische Ordnung der Bundesrepublik war nach dem Krieg nur in einem deutschen Teilstaat eingerichtet worden. Jetzt haben auch wir Deutsche eine Gründungsgeschichte der Freiheit. Sie ist ein Mittel gegen die Verklärung

der Diktatur und gegen die Klage über angeblich zu hohe Kosten der Wiedervereinigung.

Wenn auch die Hauptschauplätze der Revolution im östlichen Teil Deutschlands, der DDR, lagen, ist diese Revolution eine gesamtdeutsche. Der Anschluss der DDR an die Bundesrepublik war 1990 möglich, weil es unabhängig von staatlichen Beziehungen und politischen Wechselwirkungen immer auch gesellschaftliche, kulturelle, religiöse und mentale Bindungen und Verknüpfungen gab. Das Wissen um die Zusammengehörigkeit ging nicht verloren, obwohl die Teilung Europas und Deutschlands kaum hätte radikaler sein können. Die Erzählung der Revolution wird deswegen neben den ostdeutschen Akteuren auch den westdeutschen Anteil in der Revolution und am Wiedervereinigungsprozess berücksichtigen.

Hier wird, wie fast durchgängig in der wissenschaftlichen Literatur, die Veränderung der Verhältnisse als Revolution bezeichnet. Der inzwischen umgangssprachlich weithin verbreitete Begriff „Wende“, der vom letzten SED-Staatsratsvorsitzenden Egon Krenz geprägt wurde, trifft nicht zu, da er die Radikalität der Umwälzung verharmlost. Hilfreicher ist ein Revolutionsbegriff, der auf Hannah Arendt zurückgeht. Sie unterschied zwischen einer ersten Phase der Revolution, der Rebellion, die die Befreiung zu bringen vermag, und der Konsolidierungsphase der Revolution, die auf die Institutionalisierung und Befestigung der Freiheit zielt. Beide sind auch im deutschen Falle 1989 und 1990 zu beobachten.

Mit dem Revolutionsbegriff werden Fragen angeschnitten, die durch die Schilderung der Ereignisse und Konstellationen beantwortet werden müssen. Eine bezieht sich auf die politischen Antriebskräfte und ihre Träger. Wer waren die Akteure, die die Ereignisse vorantrieben, also die „Treiber“? Und wer waren die „Getriebenen“, die diesen Kräften weichen oder nachgeben mussten? Eine andere Frage bezieht sich auf den überraschenden Umstand, dass die kommunistische Staatsmacht trotz ihrer gewaltigen Sicherheitsapparate und Gewaltinstrumente ihre Macht abgeben musste. Was waren also die Quellen der Gegenmacht in der Revolution? Hier sollen die Ereignisse aus sich heraus sprechen.

KRISENZEICHEN 1988/89

„Die Mauer wird noch 50 oder 100 Jahre stehen, solange wie die Bedingungen noch existieren, die zu ihrer Errichtung geführt haben.“ Das behauptete Erich Honecker, Generalsekretär der SED und Staatsratsvorsitzender, am 19. Januar 1989. Er wollte in jenem Jahr den 40. Jahrestag der Gründung der DDR am 7. Oktober 1989 mit großem propagandistischem Aufwand feiern lassen. Im In- und Ausland sollte der Eindruck von einer stabilen DDR erzeugt werden, in der Partei und Volk zusammenstünden.

Aber die Parteiführung nahm auch zur Kenntnis, dass der kommunistische Ostblock in eine krisenhafte Bewegung geraten war, deren Folgen für die DDR unabsehbar waren. Die Politik des sowjetischen Generalsekretärs der KPdSU, Michail Gorbatschow, unter den Schlagworten Glasnost und Perestroika, Transparenz und Umgestaltung, versuchte unter dem Druck der innenpolitischen Zerfallerscheinungen des Vielvölkerstaates die Erstarrung des politischen Systems aufzulösen. Die Preisgabe einiger Elemente des repressiven kommunistischen Systems enthielt schon 1989 das erkennbare Risiko, dass die Rettungsversuche den Reformern entgleiten und die Perestroika zur „Destroika“ geraten könnte.

In Ungarn wurde seit 1987 über Demokratisierung nachgedacht. Seit 1988 hatte die polnische Solidarność-Bewegung wieder Fahrt aufgenommen und erreichte nach Verhandlungen am Runden Tisch halbfreie Wahlen, die dazu führten,

dass am 24. August 1989 Tadeusz Mazowiecki der erste nichtkommunistische Ministerpräsident werden konnte. Zudem hatte Gorbatschow im Juli 1989 in Bukarest erneut erklärt, die Sowjetunion werde künftig die Souveränität der Ostblockländer respektieren und nicht noch einmal ein Land mit Gewalt an die Sowjetunion binden.

Die SED-Führung hatte sich bisher physisch und ideologisch vom Westen abgegrenzt, jetzt wollte sie verhindern, dass diese Entwicklungen im Osten auf die DDR überschwappten. Um die Eigenständigkeit zu betonen, hatte Honecker schon am 29. Dezember 1988 die Formel „Sozialismus in den Farben der DDR“ kreiert. Mit dieser ideologischen Blase waren aber die inneren Krisen noch nicht bewältigt. Die Wirtschaft kränkelte. Die sozialen Geschenke gemäß der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“, wie dürftig und problematisch sie auch ausfielen, waren nicht mehr ökonomisch gedeckt. Zudem waren die internen Konflikte mit der Opposition, den Kirchen, den Künstlern, den Flüchtlingen und der gesamten Bevölkerung unübersehbar.

Noch schwiegen die meisten DDR-Bürger. Aus Angst und aus dem Bedürfnis heraus, Konflikten auszuweichen, hatte sich zwischen den Bürgern und dem SED-Staat ein Status quo entwickelt. Bei Verzicht auf öffentliche Kritik nahm der Staat stillschweigend Ansprüche zurück. Dieser Tauschhandel war ein brüchiger Kitt. So konnten die Menschen bundesdeutsche Medien privat unbehelligt konsumieren, wenn sie gleichzeitig öffentlich loyal blieben. Aber die Unzufriedenheit wuchs. Die Witze rissen nicht ab: „Sag mal ein anderes Wort für saure Gurke. – Banane in den Farben der DDR.“ Das Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit der DDR schwand.

Selbst in der SED, die mehr als 2.300.000 Mitglieder zählte, kamen die Debatten seit Verboten sogar von sowjetischen Zeitschriften nicht zur Ruhe. Hinzu kam, dass sich die Versorgungslage und die medizinische Betreuung dramatisch verschlechtert hatten. Die Umweltbelastung nahm unerträgliche Ausmaße an. Die Wohnungsnot war trotz der massenweise hochgezogenen Plattenbausiedlungen bei dem raschen Zerfall der Städte nicht zu beheben. Reisebeschränkungen und -verbote verärgerten die Bürger. Die SED-Genossen hatten keine Erklärungen mehr. Wenige aber protestierten öffentlich, wie der Rechtsanwalt Rolf Henrich, von dem im Frühjahr 1989 das Buch *Der vormundschaftliche Staat – Vom Versagen des real existierenden Sozialismus* im Westen erschien, von dem zahlreiche Exemplare auch in die DDR kamen.

Immer deutlicher kritisierten Künstler das Regime. Aufsehen erregte auf dem DDR-Schriftstellerkongress im November 1987 die Rede von Christoph Hein „Die Zensur ist überlebt, nutzlos, paradox, menschen- und volksfeindlich, ungesetzlich und strafbar“. Andere traten aus der SED aus. Längst schon hatte sich die Jugend von der Ost-Kultur verabschiedet. Die Bands der verschiedenen Musikszenen verließen den Untergrund und missachteten die kulturpolitischen Auflagen.

Auch in den Kirchen nahm die Unruhe zu. Die offizielle Kirche hatte über Jahre unter der Formel „Kirche im Sozialismus“ Konflikte gescheut. Da die Kirchen die einzigen Institutionen waren, die eine eigene Öffentlichkeit hatten, die nicht direkt vom Staat kontrolliert wurde, wurden sie für nahezu alle kritischen und unterdrückten Künstler und jugendliche Subkulturen interessant. Seit 1988 gingen kirchlich Verantwortliche immer häufiger auf Distanz zum SED-Staat. So erklärte Landesbischof Werner Leich die vieldeutige Formel „Kirche im Sozialismus“ für unbrauchbar. Neue Verhandlungen mit der SED-Führung führten zu keiner Entspannung. Der Staat war auch über den so genannten „Konziliaren Prozess für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“ besorgt, der seit 1988 zu den Ökumenischen Versammlungen in Dresden und Magdeburg führte. Politisch von Bedeutung wurden diese kirchlichen Großtreffen, weil sie wichtige Vertreter der Amtskirchen und Teile der Oppositionsgruppen zusammenführten. Die von der Ökumenischen Versammlung verabschiedeten Texte verlangten die Ermöglichung eines „freimütigen und ehrlichen Meinungs austausches“, mehr „Rechtssicherheit“, eine Wahlrechtsreform, „gleiche Chancen für alle unabhängig von ideologischen Überzeugungen“. Das neue kirchliche Selbstbewusstsein veranlasste die SED im Frühjahr 1989 einen Freidenkerverband zu initiieren, der gegen die Kirchen arbeiten sollte.

Zu den Hauptsorgen der SED gehörte die in den 1980er Jahren immer stärker werdende Opposition, die zumeist innerhalb der Kirchen operierte. Der SED-Staat wollte diese Opposition zerschlagen. In der Nacht vom 24. zum 25. November 1987 hatte das MfS mit einer nächtlichen Verhaftungsaktion versucht, eine der Druckereien der Opposition in der Zionsgemeinde in Berlin auszuschalten. Mitte Januar 1988 kam es zu einer weiteren Verhaftungswelle, als Oppositionelle anlässlich der „Kampfdemonstration zu Ehren von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg“ mit dem Luxemburg-Zitat „Die Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden!“ öffentlich demonstrierten. Diese Vorgänge mobilisierten tausende

Menschen, die sich in Protestveranstaltungen in den Kirchen sammelten. Das löste eine ununterbrochene Kette oppositioneller Aktivitäten aus. Noch 1988 organisierten Oppositionelle, vor allem in Leipzig, Demonstrationen, die freilich nur von jeweils einigen hundert Menschen getragen waren. Auch in Berlin gab es Demonstrationen gegen das Verbot von Kirchenzeitungen. Mehr als 100 Demonstranten wurden verhaftet. In Leipzig wurde zum Jahrestag der Luxemburg-Demonstration in Berlin zu einer Demonstration für die Demokratisierung zum 15. Januar 1989 aufgerufen. Sofort setzten Verhaftungen ein. Trotzdem entwickelte sich eine Kundgebung mit etwa 800 Teilnehmenden.

In den 1980er Jahren hatten sich vorwiegend in kirchlichen Gemeinden und Strukturen über 200 Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen gebildet. Die politischen Themen der Bewegung gingen auf fundamentale Mängel des Herrschaftssystems zurück. Auf die äußere und innere Militarisierung reagierte die oppositionelle Friedensbewegung, auf die extensive Wirtschaftsweise die Umweltbewegung und auf die Rechtlosigkeit die Menschenrechtsbewegung. Innerhalb dieses Spektrums traten einige von den Kirchen unabhängige Gruppen hervor, wie z.B. die Berliner „Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM)“.

Zwischen den Gruppen gab es zahlreiche Verbindungen, die über eigens organisierte Netzwerke aufrechterhalten wurden. Das wichtigste Netzwerk war das Seminar „Frieden konkret“, das fast 200 Gruppenvertreter zu jährlichen Versammlungen vereinte. Zwischen den Vollversammlungen tagte ein Fortsetzungsausschuss. Außerdem verfügten die Gruppen Ende der 1980er Jahre über einen sich stetig ausweitenden illegalen oder halblegalen „Samisdat“ mit etwa vierzig Zeitschriften.

Da Opposition als solche in der DDR verboten war, bekämpfte das MfS mit vielerlei Maßnahmen die Gruppen. Es unterwanderte dieselben mit Spitzeln, leitete zahlreiche Zersetzungsmaßnahmen gegen sie ein, verhängte Ordnungsstrafen und versuchte sie zu isolieren. Trotz solcher Behinderungen konnten sich die Gruppen behaupten. Sie haben zumeist bis 1988 den Begriff „Opposition“ als Selbstbezeichnung vermieden. Auch versuchten sie, ihre Aktionen unterhalb der Schwelle strafrechtlicher Relevanz zu halten. Nur selten gingen Gruppen in die Konspiration. Vielmehr beriefen sie sich auf Rechte, die offiziell in der Verfassung garantiert waren oder für deren Einhaltung sich die DDR in internationalen Verträgen, etwa dem KSZE-Vertrag, verpflichtet hatte. So wurde das

Recht auf freie Meinungsäußerung immer wieder eingeklagt, weil es von der SED gegen die Rechtslage verweigert wurde.

Das wichtigste Instrument der Oppositionellen waren die Versuche, für ihre Anliegen Öffentlichkeit herzustellen. Das geschah durch Erklärungen, Proteste oder Veranstaltungen in den Kirchen. Angesichts des unablässigen politischen Drucks war für die Oppositionellen das Leben in den Gruppen sehr wichtig. Hier wurde offen gesprochen, Solidarität und Toleranz praktiziert und eine Art Gegengesellschaft geschaffen. Ähnlich wie in anderen Ländern des Ostblocks war dies der „Versuch in der Wahrheit zu leben“ (Václav Havel).

Allerdings konnte sich diese Opposition nicht vorstellen, wie auch sonst niemand in der Politik in Ost und West, dass die DDR einmal sang- und klanglos untergehen würde. Eine offene Konfrontation wäre zwecklos gewesen. Darum sollte die SED zu Reformen bewegt werden, um in kleinen Schritten eine Verbesserung der Lage zu erreichen. So forderte die Opposition einerseits Rechtsstaatlichkeit, die Einhaltung der Menschenrechte, Reisefreiheit, freie Wahlen und die Zulassung von Pluralität in den Medien. Andererseits blühten in ihr Träume von einem „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ oder von einem „verbesserlichen Sozialismus“. Für die SED waren das freilich alles feindliche und „konterrevolutionäre“ Ideen. Im Westen wurde diese Opposition kaum beachtet. Ihre ethische Ausrichtung und manche utopische Vorstellungen erschienen als Symptome ihrer Politikunfähigkeit. Reformen im Osten wurden vielmehr von der SED erwartet.

Seit Anfang der 1980er Jahre gab es in der Opposition Vorstellungen, die auf den Austritt beider deutscher Staaten aus ihren Militärblöcken zielten. Die Deutschen sollten dann in freier Selbstbestimmung über eine mögliche Wiedervereinigung in einem neutralen Staat bestimmen. Dann könne auch die Teilung in einer Konföderation überwunden werden. Diese Ideen wurden von der Politik in Ost und West abgelehnt. Sie waren gewiss utopisch, wenngleich sie Deutschland als Nationalstaat wieder denkbar machten. Die 1987 gegründete oppositionelle „Initiative Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ sah in der Abgrenzungspolitik der SED einen krank machenden Faktor. Einer ihrer Vertreter sprach von der „heimlichen Liebe zu Deutschland“. Als Honecker erklärte, die Mauer würde noch 50 oder 100 Jahre stehen, schickte ihm die Initiative einen Brief: „Jeder weiß, dass die Mauer nicht gegen irgendwelche Räuber nach

außen, sondern vor allem nach innen gerichtet ist. (...) Wir wollen nicht noch fünfzig Jahre warten.“ Dass es in der schweigenden Bevölkerung der DDR einen starken Wunsch nach einer Wiedervereinigung gab, war den Oppositionellen kaum bewusst.

Neben dem Erstarren der Opposition bedrängte die SED die Flucht- und Ausreisebewegung, die „Abstimmung mit den Füßen“. Wegen der Unfähigkeit der SED, die Bürger an ihren Staat zu binden, hatten Ende der 1980er Jahre die Ausreiseanträge rasch zugenommen, 1987 warteten 100.000 Menschen trotz vieler Schikanen gegen sie auf ihre Ausreise. Die Antragsteller hatten viele gewaltfreie Symbolhandlungen entwickelt. Im Straßenbild etwa waren Autos mit dem Hoheitszeichen der Bundesrepublik D oder mit einem A zu sehen, das für „Ausreiseantragsteller“ stand. Antragsteller brachten weiße Schleifen an den Autoantennen an, die die baldige Hochzeit mit dem Westen symbolisierten. Aufsehen erregten die Besetzungen von Botschaften der Bundesrepublik. Aufgrund solchen Zustroms schloss die Bundesregierung im August ihre Botschaften in Polen und Ungarn und die Vertretung in Ost-Berlin. Am 19. August 1989 flohen während des von ungarischen Oppositionellen veranstalteten paneuropäischen Picknicks 900 Personen, als kurzzeitig die Grenze geöffnet wurde. Am 24. August 1989 gestattete die ungarische Regierung den etwa 200 Botschaftsbesetzern die Ausreise.

Die SED kannte durch ihre Spitzel die Stimmungslage und bereitete sich auf mögliche innenpolitische Auseinandersetzungen vor. Laufend wurde der so genannte „Vorbeugekomplex“ ausgebaut, nach dem im Fall einer inneren Krise Lager für Regimegegner einzurichten waren. 86.000 Bürger waren im November 1988 dafür systematisch erfasst worden. Im Dezember 1988 stimmte Erich Mielke seine Offiziere auf eine härtere Gangart ein und befahl, die politische Strafrechtspraxis zu verschärfen. Als Anfang Juni 1989 die Nachrichten von der blutigen Niederschlagung der chinesischen Demokratiebewegung eintrafen, verbreiteten die SED-Medien die zynischen Mitteilungen der chinesischen Kommunisten über den Kampf gegen die bürgerliche Liberalisierung. Honecker gratulierte dem neuen Parteichef Jiang Zemin. Hocharrangige Besucher aus der DDR, u.a. Hans Modrow, unternahm Freundschaftsbesuche in China. Die Ehefrau Honeckers, die Volksbildungsministerin Margot Honecker, erklärte am 13. Juni 1989: „Unsere Zeit ist eine kämpferische Zeit, sie braucht eine Jugend die kämpfen kann, (...) wenn nötig, mit der Waffe in der Hand.“

Im Frühjahr 1989 ging die SED daran, die „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ auf den Einsatz gegen Demonstranten vorzubereiten. Mitte des Jahres wurden Einheiten der Nationalen Volksarmee für den Einsatz im Inneren trainiert. Der besorgte MfS-Minister Erich Mielke fragte seine Generale bei einer Dienstbesprechung am 31. August: „Ist es so, dass morgen der 17. Juni ausbricht?“ Die kommunistische Führung bekam Angst, aber an eine Änderung ihrer Politik dachte sie nicht.

OFFENER KONFLIKT

SEPTEMBER 1989

Im September 1989 brach unerwartet der Konflikt zwischen der herrschenden SED und der Gesellschaft offen aus. In wenigen Wochen wurde die DDR von einer breiten Protestwelle erfasst und alles, was bisher unabhängig voneinander das Regime bedrängte, verstärkte und beschleunigte sich gegenseitig. Polen und Ungarn öffneten für die Flüchtlinge aus der DDR ihre Grenzen. Die Opposition trat mit neuen Organisationen in die Öffentlichkeit. Die Kirchen verließen ihren beschwichtigenden Kurs. In den Blockparteien CDU und LDPD wurde es unruhig. Künstler begehrten auf. Erste Massenproteste in Leipzig übertrafen die Befürchtungen der Sicherheitsorgane. Doch in diesem bewegten September reagierte die SED nur defensiv. Honecker ließ die Vorbereitungen zu den Jubelfeierlichkeiten des 40. Jahrestages der DDR weiterlaufen, als geschehe in und mit seiner DDR nichts. Aber er traf heimlich Vorkehrungen.

In Ost-Berlin kam es zu einer neuerlichen Besetzung der Ständigen Vertretung. Die Besetzer erreichten eine Zusage für die Ausreise. In Ungarn hielten sich tausende Flüchtlinge auf, für die die ungarische Regierung Flüchtlingslager einrichtete. In den Lagern tummelten sich auch Mitarbeiter des MfS, die vergeblich versuchten, Flüchtlinge zur Rückkehr zu bewegen. Nach Gesprächen mit der Regierung in Bonn und nach gescheiterten Verhandlungen mit der DDR öffnete Ungarn nach Unterrichtung der Bundesregierung am

11. September 1989 die Grenzen zu Österreich, eine Weltsensation. Bilder von verlassenen Fahrzeugen und von übergelücklichen Menschen gingen um die Welt. Etwa 20.000 Menschen gelangten über Österreich in die Bundesrepublik.

Damit hatte ein sozialistisches „Bruderland“ die Solidarität mit der DDR aufgekündigt. Die DDR-Regierung übermittelte eine geharnischte Protestnote und forderte die sofortige Schließung der Grenzen. Unterdes sahen jetzt die Menschen eine Chance, dem SED-Staat zu entkommen. Immer mehr Flüchtlinge steuerten die bundesdeutschen Botschaften in Prag und Warschau an. Am 12. September hielten sich in der Prager Botschaft etwa 400 Menschen auf. Nicht anders sah es in Warschau aus. Die Gegenpropaganda der SED trieb absurde Blüten. Täglich wurde in den Zeitungen über alle Übel des Westens berichtet, Wohnungsmangel, Obdachlosigkeit, Mietwucher, Preissteigerungen, Verschuldung, Kinderarbeit, Berufsverbote, Neofaschismus, Drogen, Doping oder Massenarbeitslosigkeit. Dagegen wurde das Leben in der DDR in Sicherheit und Geborgenheit gepriesen. Die Flüchtlinge wurden beschimpft. Die Fluchtwelle wäre „Menschenhandel“ und von der Bundesrepublik „generalstabsmäßig vorbereitet“. Damit würde die „Wiederherstellung des Großdeutschen Reiches in den Grenzen von 1937“ angezettelt. Honecker befand sich in einem Dilemma. Nun musste er auch gegen den „Verrat“ sozialistischer Länder polemisieren lassen. Nur wenige freundschaftliche Grußadressen kamen, etwa von den Diktatoren Kim Il Sung aus Nordkorea und Nicolae Ceausescu aus Rumänien. Und fast täglich tauschte die DDR mit den neuen alten Freunden in der Volksrepublik China solidarische Grüße aus.

In der letzten Septemberwoche hielten sich auf dem Prager Botschaftsgelände etwa 5.000 Menschen bei schlechtem Wetter unter unsäglichen Bedingungen auf. Der öffentliche Druck auf die SED-Führung, nicht zuletzt durch die tschechischen Kommunisten, wuchs. Am 29. September 1989 beschloss das Politbüro der SED die Ausreise der Botschaftsbesetzer in der ČSSR über DDR-Territorium zu gestatten, um wenigstens noch formal eine geregelte Ausreise vortäuschen zu können. Honecker wollte am 7. Oktober 1989 keine blamablen Schlagzeilen haben. Tags darauf verkündete der angereiste bundesdeutsche Außenminister Dietrich Genscher den Flüchtlingen, dass sie ausreisen dürfen. Das Fernsehen zeigte die Bilder des tausendfachen Jubels.

Die Bevölkerung war über diese Massenflucht erschüttert. Erschüttert waren auch viele Menschen, die bleiben wollten, um das Land zu verändern. Vor allem aber reagierte die Opposition. Die Fluchtwelle hatte die Formierung der Opposition nicht ausgelöst, aber deren Neugründungen beschleunigt. Ab September kam es fast zu einem Wettlauf der Initiativen. Deren Personal stammte fast durchweg aus den Oppositionsgruppen der 1980er Jahre. Die wohl kleinste und ihre Kontinuität seit 1986 wahrende Oppositionsgruppe war die IFM mit Gerd Poppe, Reinhard Weißhuhn, Peter Grimm und anderen.

Am 28. August 1989 stellte während eines Menschenrechtsseminars in der Berliner Golgatha-Kirche Markus Meckel den Aufruf zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei vor, der eine Absage an die SED und ihr politisches System enthielt. Veränderung sei nur noch durch „die grundsätzliche Bestreitung des Wahrheits- und Machtanspruchs der herrschenden Partei“ möglich. Gefordert wurden „Rechtsstaat und strikte Gewaltenteilung“, „parlamentarische Demokratie“, „Soziale Marktwirtschaft“ und „Freiheit der Gewerkschaften und Streikrecht“. Der Aufruf war von Ibrahim Böhme, Martin Gutzeit, Meckel und Arndt Noack unterschrieben. Die Initiatoren konnten bei der Gründung der SDP am 7. Oktober 1989 in Schwante bei Berlin schon auf ein DDR-weites Verbindungsnetz zurückgreifen. Hier wurde das Statut angenommen, das politische Grundsätze der SDP formulierte. Zum fünfzehnköpfigen Vorstand wurden als erster Sprecher Stephan Hilsberg, als zweite Angelika Barbe und Markus Meckel gewählt. Ibrahim Böhme wurde Geschäftsführer.

Zum großen oppositionellen Ereignis wurde, auch durch die gewachsene Popularität der langjährigen Oppositionellen Bärbel Bohley, das am 9. September in der Wohnung von Katja Havemann in Grünheide gegründete „Neue Forum (NF)“. Erstunterzeichner waren u. a. Michael Arnold, Martin Böttger, Erika Drees, Katrin und Frank Eigenfeld, Rolf Henrich, Jens Reich, Reinhard Schult, Jutta und Eberhard Seidel, Hans Jochen Tschiche.

Der Gründungsauftrag erklärte: „In unserem Lande ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört.“ In der „gegenwärtigen krisenhaften Situation“ sei die Beteiligung vieler Menschen am „gesellschaftlichen Reformprozess“ nötig. Dazu sollte das NF als eine gemeinsame „politische Plattform für die ganze DDR, die es Menschen aus allen Berufen, Lebenskreisen, Parteien und Gruppen möglich macht, sich

an der Diskussion und Bearbeitung lebenswichtiger Gesellschaftsprobleme in diesem Land zu beteiligen“, gebildet werden. Das Papier vermied den Begriff Sozialismus, benannte aber Alternativen, die indirekt traditionelle Vorstellungen eines demokratischen Sozialismus enthielten. So hieß es: „Wir wollen Spielraum für wirtschaftliche Initiative, aber keine Entartung in die Ellenbogengesellschaft. (...) Wir wollen geordnete Verhältnisse, aber keine Bevormundung. Wir wollen freie und selbstbewusste Menschen, die doch gemeinschaftsbewusst handeln.“ Am 19. September wurde vergeblich versucht, das NF beim Ministerium des Inneren offiziell anzumelden.

Der Aufruf wurde bald von mehreren tausend Menschen unterzeichnet. Am 1. Oktober trafen sich in der Wohnung von Sebastian Pflugbeil in Berlin, umstellt von Sicherheitsorganen und Volkspolizei, die Initiatoren und erarbeiteten einen „Problemkatalog“. Darin wurde das Konzept eines bloßen Dialogforums verlassen und Grundlagen für eine politische Organisation „für Veränderungen und Reformen“ geschaffen. Es wurde vorgeschlagen, Gruppen in Wohngebieten und regionalen Zentren zu bilden und einen Sprecherrat aus den Regionen zu wählen. Überregionale Themengruppen sollten über wirtschaftspolitische und kulturpolitische Fragen diskutieren. Es wurden „uneingeschränkte Grundrechte“ verlangt.

Eine weitere Bürgerbewegung wurde am 12. September gegründet. Mit dem „Aufruf zur Einmischung in eigener Sache“ und „Thesen für eine demokratische Umgestaltung der DDR“ meldete sich die „Bürgerbewegung Demokratie jetzt (Dj)“. Sie strebte an, bei den nächsten Wahlen mit einer eigenen Liste anzutreten. Die Beteiligung blieb zwar weit hinter den Zahlen des NF zurück, die Gruppen waren aber wesentlich konsistenter, da sie eine konkrete inhaltliche Vorgabe als Arbeitsgrundlage hatten. Zu den Initiatoren gehörten Wolfgang Ullmann, Hans-Jürgen Fischbeck, Konrad Weiß, Stephan Bickhard, Ludwig Mehlhorn und Ulrike Poppe. Die Umgestaltung wurde mit der „staatlichen Verfügung der Produktionsmittel“, der „Uniformierung der Gesellschaft“ und der „Entmündigung“ der Bürger begründet. In einer reformierten sozialistischen Gesellschaft, sollten „soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Menschenwürde“ gewahrt sowie ein „lebendiger Pluralismus“ und „Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit“ ermöglicht und „Ökonomie und Ökologie in Einklang gebracht“ werden. Die Wirtschaft solle unabhängig, dezentral, marktorientiert und auch in privaten Eigentumsformen handeln können.

Die Gründung der Bewegung „Demokratischer Aufbruch (DA)“ war schon am 23. August bei einem Treffen in Dresden verabredet worden. Beteiligt waren Rainer Eppelmann, Ehrhart Neubert, Rudi Pahnke, Friedrich Schorlemmer, Edelbert Richter, Wolfgang Schnur und andere. Am 13. September wurde die beabsichtigte Gründung erstmals bekannt gegeben. Seitdem arbeiteten einzelne Gruppen. Am 1. Oktober kamen etwa achtzig Oppositionelle aus dem ganzen Land nach Berlin, um den DA zu gründen. Ein großes Polizeiaufgebot versuchte das Treffen zu verhindern. Nur siebzehn Delegierte erreichten den geheim gehaltenen Treffort, die Wohnung von Neubert, bis das MfS den weiteren Zugang abspernte. Die Übrigen wollten sich an anderen Orten treffen, wurden aber auch daran von den Sicherheitskräften gehindert. Die Gruppe in der Wohnung mit Rudi Pahnke, Heino Falcke, Günter Nooke, Margot Friedrich und Rosemarie Zeplin arbeitete an den vorbereiteten Texten. Ein Aufruf zur Bildung des DA wurde erarbeitet und eine Programmatische Erklärung wurde redigiert. In der Nacht gelang es Rudi Pahnke und Ehrhart Neubert noch zu Rainer Eppelmann zu fahren, wo Journalisten warteten. Diesen wurden die Texte übergeben.

Der Programmentwurf enthielt den der Bewegung Dj ähnlichen Spagat zwischen einer konsequenten Liberalisierung, der Gewaltenteilung, der Entideologisierung des Staates sowie der Pluralisierung der Eigentumsformen und dem Beharren auf einem sozialistischen Charakter der anzustrebenden Gesellschaftsverfassung. Der DA sollte eine politische Mitgliedervereinigung werden, die im Gegensatz zum NF und Dj eine höhere Verbindlichkeit anstreben und sich programmatisch festlegen wollte.

Am 4. September trafen sich, nach vorherigen vergeblichen Anläufen, in Böhlen bei Leipzig verschiedene Vertreter betont linker und basisdemokratisch-sozialistisch orientierter Gruppen. Darüber wurden eine „Mittelung über ein Treffen von Vertretern verschiedener sozialistischer Tendenzen“, ein Appell „Für eine vereinigte Linke in der DDR“ und das Papier „Mindestanforderungen für die Gestaltung einer freien sozialistischen Gesellschaft in der DDR“ veröffentlicht. Diese so genannte „Böhlener Plattform“ lief im September um. Zunächst waren keine Strukturen erkennbar, wenn auch deren Vertreter wie Thomas Klein und Herbert Mißlitz bei den zahlreichen Gesprächen und internen Absprachen zwischen den verschiedenen Oppositionsgruppen mitarbeiteten und sich als Initiativgruppe „Vereinte Linke“ vorstellten. Am 2. Oktober traf sich erstmals in Berlin eine Koordinierungsgruppe. Der nötige Umgestaltungsprozess in der

DDR in Richtung auf einen „demokratischen und freiheitlichen Sozialismus“ sollte auf der Basis „des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln“, „des Prinzips der sozialen Sicherheit“ und „der politischen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, konsequenten Verwirklichung der Menschenrechte und freien Entfaltung der Individualität“ erfolgen. Vorgesprochen wurden basis- und direktdemokratische Formen, auch eine parlamentarische Demokratie wurde nicht ausgeschlossen.

Obwohl die formalen Bedingungen für die Gründung einer grünen Partei im September günstig waren, weil die Umweltbewegung über einen hohen Organisationsgrad verfügte, kam es nicht zu einem derartigen Zusammenschluss. Ein im Mai 1989 geplantes Projekt einer „Grünen Liste“ des kirchlichen Netzwerkes Arche war bis September noch nicht vorangekommen, obwohl es auch Überlegungen zur Parteigründung in der Arche gab. Im September gab es lediglich Absprachen mit Bärbel Bohley, die grünen Interessen innerhalb des NF als eine Sondergruppe, die „Grüne Liste im NF“, zu etablieren.

Die Differenzen lagen zwischen solchen Projekten, die lediglich einen öffentlichen politischen Dialog als Voraussetzung der Demokratisierung ermöglichen wollten, und denen, die eine programmatisch definierte Interessenvertretung anstrebten. Die ersteren wurden durch das NF, Dj und die VL repräsentiert. Ihnen stand zunächst die SDP gegenüber. Der „Demokratische Aufbruch“ nahm eine Zwischenposition ein und strebte wenig später den Status einer Partei an.

Ungeachtet der strategischen und inhaltlichen Differenzen entstand schnell zwischen den Oppositionellen eine enge Zusammenarbeit. In Berlin bildete sich eine Kontaktgruppe, die am 4. Oktober in einer „Gemeinsamen Erklärung“ freie Wahlen unter UNO-Kontrolle forderte. Die neue Opposition wurde zunehmend von der Bevölkerung angenommen, wenn es auch noch eine Weile dauerte, bis die Angst vor einem Engagement überwunden war. Ende September gab es nahezu keine Stadt, in der nicht eine oder mehrere Oppositionsgruppen unter hohem Risiko aktiv wurden. Diese Opposition war zunächst die einzige politische Stimme, die der Bevölkerung eine Alternative zum SED-Regime bot.

Die Neuformierung der Opposition bedeutete eine außerordentliche Herausforderung für die SED. Die absolut tabuisierte Machtfrage war gestellt. Die SED reagierte zum einen mit offenen Drohungen und ver-

deckten Repressionen, zum anderen mit dem Versuch, die Kirchen gegen die Opposition zu instrumentalisieren oder die Zersetzungsarbeit in der Opposition mit Hilfe ihrer Agenten zu organisieren. Die Polizei sprach Ordnungsstrafen aus und intern wurde die strafrechtliche Verfolgung vorbereitet. In der Öffentlichkeit zirkulierten verschiedene Papiere, die die Bevölkerung und vor allem SED-Mitglieder einschüchtern oder abschrecken sollten. Als Gefahr für die sozialistische Ordnung würde schon die „Sammlung von kritischen Bürgern, Andersdenkenden, Enttäuschten und – eine andere Sicht wäre Blauäugigkeit – offenen und verdeckten Gegnern“ darstellen. Angriffe auf die führende Rolle der SED dürften nicht zugelassen werden.

In vielen Betriebsbelegschaften rumorte es. Am 28. September schrieben 21 Gewerkschaftsfunktionäre des Berliner Betriebes VEB Bergmann-Borsig einen Offenen Brief an FDGB-Chef und Politbüromitglied Harry Tisch. Sie berichteten über die wachsende Unzufriedenheit und „nachlassende Leistungsbereitschaft“ als Folge des Widerspruchs zwischen „Realität und Propaganda“. Ursache für die Massenflucht sei „das gestörte Vertrauensverhältnis der Bevölkerung zum Staat und seiner führenden Partei“.

Einige Künstlerverbände, bisher unter Kontrolle von SED-Kulturfunktionären, nahmen die Forderungen der Opposition auf. Am 14. September unterstützte der Berliner Schriftstellerverband die Forderung nach einem „demokratischen Dialog“. Von großer Wirkung war eine Resolution der Unterhaltungskünstler, die am 18. September forderten: Das „Land braucht die millionenfache Aktivierung von Individualität; die alten Strukturen sind offenbar nicht mehr in der Lage dazu“. Viele Künstler, so auch Christoph Hein, kritisierten öffentlich die systematische Geschichtsfälschung, die nicht nur die Verbrechen des Stalinismus und der DDR ignoriert hätte, sondern auch jetzt die wahren Gründe der Massenflucht von DDR-Bürgern verleugnete.

Die Anbindung der so genannten Blockparteien LDPD und CDU an die SED verhinderte über Jahrzehnte deren eigenständige Aktivität. Jetzt kam Bewegung in die CDU und die LDPD. Der langjährige LDPD-Chef, Manfred Gerlach, der selbst an der Liquidierung des Liberalismus mitgearbeitet hatte, versuchte sich in der parteieigenen Zeitung *Der Morgen* als eigenständiger Politiker zu profilieren. Viele liberale Mitglieder seiner Partei probten indes schon die Eigenständigkeit und suchten die Verbindung zur Opposition. Auch die Versuche der SED, CDU- und LDPD-Funk-

tionäre als so genannte „gesellschaftliche Kräfte“ bei kirchlichen und oppositionellen Veranstaltungen einzusetzen, scheiterten jetzt oft an deren Verweigerung.

Zu einer politischen Sensation wurde der „Brief aus Weimar“ an die Mitglieder und Vorstände der CDU, den am 10. September 1989 Thüringer CDU-Mitglieder, u.a. Christine Lieberknecht und Gottfried Müller, in Eisenach veröffentlichten. Sie forderten eine „innerparteiliche Demokratie“, die Respektierung der „Mündigkeit des Bürgers“, völlige Reisefreiheit und eine „realistische Sicht ökonomischer Fakten“. Die Reformbewegung gewann in der CDU schnell an Boden, obwohl deren Führung die Bewegung ersticken wollte.

Der sich in den Vormonaten ankündigende kirchenpolitische Umschwung der evangelischen Kirchen nahm Fahrt auf, da der SED-Staat aus ihrer Sicht keine gesellschaftliche Stabilität mehr garantieren konnte. Die Kirchen überblickten die Lage durch ihre Seelsorge an Ausreisewilligen und Flüchtlingen. Viele Oppositionelle standen im kirchlichen Dienst, und in vielen Orten waren es kirchliche Amtsträger, die Friedensgebete mit politischem Inhalt einführten – seit dem 18. September in Magdeburg, am 20. September in Nordhausen und am 22. September in Gotha. Die Konferenz der Kirchenleitungen richtete am 2. September einen Brief an Honecker und gab diesen zusammen mit einem Appell zum Bleiben in der DDR an die Gemeinden. Honecker wurde gebeten, eine „offene und wirklichkeitsnahe Diskussion“ zuzulassen, statt mit „Belehrungen oder sogar Drohungen“ zu reagieren. Es sollten „erkennbare Veränderungen wirksam“ und jeder „Bürger als mitverantwortlicher Partner“ respektiert werden.

Die Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen vom 15. bis 19. September 1989 in Eisenach verschärfte die kirchenpolitische Situation weiter. Die kritischen Synodalen gewannen die Oberhand. Bischof Leich sprach sich für die Oppositionsgruppen aus. Synodale verlangten den Boykott der Feierlichkeiten am 7. Oktober. Die Synode erklärte in ihrem Beschluss: „Wir brauchen: ein allgemeines Problembewusstsein dafür, dass Reformen in unserem Land dringend notwendig sind, (...) verantwortliche pluralistische Medienpolitik; demokratische Parteivielheit; Reisefreiheit für alle Bürger; wirtschaftliche Reformen; verantwortlichen Umgang mit gesellschaftlichem und persönlichem Eigentum; Möglichkeit friedlicher Demonstrationen; ein Wahlverfahren, das die Auswahl

zwischen Programmen und Personen ermöglicht.“ Dieser Erklärung der Synode folgten wütende Angriffe in der SED-Presse. Das *Neue Deutschland* titelte am 21. September „Großdeutsche Ladenhüter auf der Kirchenversammlung“. Dieser kirchenpolitische Bruch war nicht mehr heilbar.

Das politische Geschehen des Septembers bündelte sich in Leipzig. Die größte Stadt der DDR nach Ost-Berlin war architektonisch, ökologisch und sozial heruntergekommen. Hier war die Unzufriedenheit der Bevölkerung unübersehbar und es kam zu einem Zusammenwirken von Kirche, Opposition und Bevölkerung. Den Aufbegehrenden stand ein intakter Staatsapparat mitsamt einer schlagkräftigen Struktur des MfS gegenüber. Der Kampf der SED zielte zunächst auf die Friedensgebete in der Nikolaikirche, wo sich seit einem guten Jahr auch die Ausreiseantragsteller erkennbar an den Friedensgebeten beteiligt hatten. Nach der Sommerpause sollten die wöchentlichen Friedensgebete am 4. September 1989, während der Leipziger Herbstmesse, wieder beginnen. Vor der Wiederaufnahme der Friedensgebete unternahmen die Behörden große Anstrengungen, diese zu verhindern, da sie öffentliche Demonstrationen befürchteten. Druck wurde auf Bischof Johannes Hempel, Superintendent Friedrich Magirus, den Gemeindepfarrer Christian Führer und den Gemeindevorstand der Nikolaikirche ausgeübt. In den Verhandlungen verwiesen die kirchlichen Vertreter darauf, dass die Friedensgebete nur deswegen diese Rolle spielten, weil der Staat den Dialog verweigere und mit Gewalt vorgehe.

Das Friedensgebet am Montag, dem 4. September um 17.00 Uhr, besuchten etwa 1.000 Menschen. Superintendent Magirus predigte: „Wer auf Vernunft und guten Willen setzt, sucht das Gespräch.“ Nach dem Gebet sammelten sich die Besucher vor der Kirche. Oppositionelle hatten Transparente vorbereitet. Auf einem stand: „Für ein offenes Land mit freien Menschen.“ Sofort griffen Einsatzgruppen des MfS zu. Die Menge protestierte und rief „Stasi raus!“ Der sich formierende Demonstrationzug wurde immer wieder von Polizeiketten abgedrängt. Mehrere hundert Ausreiseantragsteller marschierten bis zum Hauptbahnhof und riefen dort „Freie Fahrt nach Gießen“. Neu war, dass neben dem Ruf der Antragsteller „Wir wollen raus!“ auch der Sprechchor „Wir bleiben hier!“ skandiert wurde. Damit war in der Öffentlichkeit die Forderung nach politischen Veränderungen erhoben.

Die Staatsorgane wollten eine Wiederholung verhindern. Wieder wurde gedroht, mit Härte gegen mögliche Demonstranten vorzugehen. Aber das Friedensgebet wurde nicht abgesetzt. Am Montag, dem 11. September, sprach in der Kirche Pfarrer Führer zum Ausreiseproblem, denn gerade waren die Nachrichten über die Grenzöffnung aus Ungarn gekommen. Der anwesende Bischof Hempel forderte die Besucher zur Besonnenheit beim Heimweg auf. Kurz nach Beginn des Friedensgebetes führte die Polizei die Menschen vor der Kirche ab, die wegen Überfüllung nicht mehr hineingekommen waren. Nach dem Friedensgebet gingen die Sicherheitskräfte mit äußerster Brutalität gegen die Bürger vor. Knapp einhundert von ihnen wurden abgeführt. 22 wurden in einem Schnellverfahren zu Geldstrafen verurteilt. Gegen neunzehn Personen wurden Haftbefehle erlassen und eine Woche später zu mehrmonatiger Haft verurteilt. Viele Leipziger waren empört. Oppositionelle und Theologen richteten seit dem 14. September tägliche Fürbittenandachten in mehreren Kirchen ein. Rasch entwickelte sich eine breite Solidaritätswelle, die auch andere Städte erfasste. Seit dem 17. September gab es Fürbittengebete in der Berliner Gethsemane-Kirche.

Beim Friedensgebet am 18. September verlas Führer die Namen der Inhaftierten. Er sagte dabei: „Durch solche Polizeieinsätze werden allmähliche Veränderungen auf friedlichem Weg immer unwahrscheinlicher.“ Die Besucher wurden aufgefordert, den Kirchplatz nach dem Friedensgebet zu verlassen, um keinen Anlass für Gewaltakte zu geben. Die Teilnehmer des Friedensgebetes hielten sich an diese Mahnung. Sie konnten zunächst durch die Absperrungen den Platz verlassen. Als unvermittelt die Polizeiketten geöffnet wurden, betraten erneut viele bislang unbeteiligte Leipziger den Kirchplatz. Jetzt rückten die Sicherheitskräfte vor und nahmen 31 Personen fest, von denen acht umgehend zu mehrmonatigen Haftstrafen verurteilt wurden.

Da sich die Bevölkerung an den drei ersten Septemberebeten von Woche zu Woche stärker beteiligt hatte, verstärkte die SED-Führung ihre Eindämmungspolitik. Am 22. September ging ein von Honecker unterzeichnetes Fernschreiben an die ersten Sekretäre der Bezirksleitungen der SED, das zu den neuen oppositionellen Bewegungen Stellung nahm. Deren „feindliche Aktionen“ müssten „im Keim erstickt“ werden, damit sie „keine Massenbasis“ bekämen. Es sollten „die Organisatoren der konterrevolutionären Tätigkeit isoliert werden“. Damit stand eine mögliche Internierung von Oppositionellen im Raum. Zugleich wurde eine

aggressive Pressekampagne gegen die Kirchen, die Oppositionellen und gegen die Demonstrationen in Leipzig gestartet, bei der erneut unverhüllt behauptet wurde, die Kritik würde aus der Bundesrepublik gesteuert.

Die Sicherheitsorgane stellten am 25. September 1.500 Mann zur Verhinderung einer Demonstration in der Stadt bereit. Die Innenstadt wurde abgesperrt. So stand das Friedensgebet am 25. September atmosphärisch unter dem Eindruck einer möglichen Eskalation der Gewalt. Zum Friedensgebet kamen so viele Menschen, dass die Kirche wegen Überfüllung geschlossen werden musste.

In seiner Ansprache im Friedensgebet führte Pfarrer Wonneberger Menschenrechtsverletzungen der DDR auf, forderte die Kontrolle und Begrenzung staatlicher Gewalt und nannte die Namen der Inhaftierten. Er sagte: „Wer das Schwert nimmt, wird durchs Schwert umkommen. Wer die Kalaschnikow nimmt, hat mit einem Kopfschuss zu rechnen. (...) Wer andere willkürlich der Freiheit beraubt, hat bald selbst keine Fluchtwege mehr.“ Am Schluss hieß es: „Deshalb müssen wir, die wir hier versammelt sind, strikt das Prinzip der Gewaltlosigkeit vertreten. Das gilt auch gegenüber von Provokateuren, die in unseren Reihen sind.“ Es wurden schriftliche „Anregungen zum gewaltfreien Handeln“ an die Besucher ausgegeben. Die Menschen sangen „We shall overcome“. Als die Menschen die Kirche verließen, wurde das Lied angesichts der Polizei noch einmal angestimmt.

An der Demonstration nach dem Friedensgebet beteiligten sich etwa 6.000 Menschen. Die Route führte über den Stadtring. Die Menge wich den Absperrungen der Polizeiketten aus und löste sich schließlich am Bahnhof friedlich auf. Die Polizei und das MfS hatten nicht zugeschlagen und nur wenige verhaftet. Die große Zahl überraschte und überforderte die Sicherheitsbehörden. Auch Stasichef Mielke, der mehrfach bei den örtlichen Sicherheitsbehörden anrief, wusste keinen Rat. Die Verantwortlichen erkannten, dass nur mit einem großen Einsatz polizeilicher Hilfsmittel – Wasserwerfern, Schlagstöcken und der Verhaftung vieler Menschen – die Demonstration hätte verhindert werden können. In einer Zeitungskampagne der SED wurde in den Tagen darauf äußerste Härte gegen die Feinde des Sozialismus gefordert. Es wurde bekannt gegeben, dass am 29. September elf Demonstranten vom 11. September mit Gefängnis bestraft wurden.

Innerhalb der städtischen Kirchenleitung wurde die Öffnung weiterer Kirchen debattiert. Zunächst öffnete sich die Reformierte Kirche mit Pfarrer Hans-Jürgen Sievers. Die Friedensgebete stellten einen religiösen Kontext her, der das in der DDR geistig ganz Andere repräsentierte. Auf der Straße, außerhalb des schützenden Raumes der Kirche, waren die Demonstranten auf ihresgleichen angewiesen und standen einer entschlossenen Staatsmacht gegenüber. Dieser wurde nun in Sprechchören und mit Gesang mitgeteilt, dass die Demonstranten einer höheren Logik folgten, die die Gesetze und Befehlslagen der kleinen vierzigjährigen DDR nicht erreichen konnte. So ordneten sie sich in politische Räume und Zeitläufe ein, deren geschichtlicher Mehrwert an Legitimation die des Mauerstaates übertraf. Dies geschah mit dem Lied der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung „We shall overcome“. Der Bogen wurde noch weitergespannt, als die Demonstranten den Schlachtruf der Französischen Revolution von 1789 skandierten „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“. Und schließlich sangen Demonstranten auch noch den Refrain der „Internationale“ und nahmen damit die kommunistische Revolutionsmystik auf. Die Demonstranten riefen: „Montag sind wir wieder da.“

Die Entwicklung in Leipzig stellte Ende September allerdings noch die absolute Ausnahme dar. Vielerorts wurden noch heimlich in der Nacht Inschriften auf Straßen und an Gebäuden angebracht. Demonstrationsversuche in Berlin scheiterten. Eine Demonstration gegen die Wahlfälschungen am 7. September auf dem Alexanderplatz hatten tausende Sicherheitskräfte verhindert. Es kam zu einigen Verhaftungen. Am 30. September fanden sich nach einem anonymen Aufruf im thüringischen Arnstadt auf dem Markt etwa 150 Demonstranten ein. Eine Demonstration konnte sich aber angesichts des großen Aufgebotes von Sicherheitskräften nicht formieren.

REVOLUTIONÄRE ZUSTÄNDE

OKTOBER 1989 BIS 9. NOVEMBER 1989

Der September 1989 zeigte, dass der über Jahrzehnte festgefügte gesellschaftliche Status quo Risse bekommen hatte. Erwartung auf Veränderungen, aber auch Angst prägten Anfang Oktober die Atmosphäre. Würde die SED noch berechenbar bleiben, würde sie in diesem Dilemma auf Gewalt zurückgreifen? Es gab keine Anzeichen für ein Einlenken der SED-Führung. Die Entwicklung sollte sich in der Folge noch einmal beschleunigen.

Am 2. Oktober ließ Honecker in der Parteizeitung *Neues Deutschland* über die Flüchtlinge, die sich in Prag aufhalten, schreiben, dass sie die „moralischen Werte mit Füßen getreten“ hätten; man „sollte ihnen deshalb keine Träne nachweinen“. Durch die DDR ging ein Entrüstungsturm über diesen Zynismus. Für die SED gibt es eine neue böse Überraschung. Als in der Nacht des 1. Oktober die Züge aus Prag in die Bundesrepublik rollen, machten sich Tausende auf, um auf diese Züge aufzuspringen. Andere reisten nach Prag in der Hoffnung, ebenfalls auf diesem Weg in den Westen zu gelangen. Bald warten erneut über 10.000 Menschen auf ihre Ausreise. Da Honecker am 7. Oktober keine neuen dramatischen Bilder in den Westmedien haben will, befiehlt er erneut, die Flüchtlinge aus Prag über DDR-Territorium ausreisen zu lassen. Gleichzeitig wird der visafreie Reiseverkehr in die ČSSR gesperrt. Den DDR-Bürgern gehen die letzten bescheidenen Reisemöglichkeiten verloren. Noch am

3. Oktober streiken Betriebsbelegschaften in Thüringen, Eisenach, Ruhla, Seebach und in Altenberg im Erzgebirge. An den Bahnstrecken spitzt sich die Lage zu. Tausende Fluchtwillige werden aufgegriffen. Andere strömen nach Dresden zurück. Auf dem Dresdener Bahnhof sammeln sich einige tausend Menschen.

In der Nacht wird ein leerer Zug gestürmt. Die Sicherheitskräfte räumen mit Gewalt den Bahnhof. Ein Versuch des Superintendenten Christof Ziemer zu vermitteln, wird von den Kommandeuren zurückgewiesen. Am 3. Oktober kommt Egon Krenz von seinem Besuch aus China zurück. Die Propaganda enthält die Botschaft, dass die SED die Pekinger Gewaltlösung auch in der DDR anwenden könnte.

Am nächsten Tag warten im Dresdener Hauptbahnhof erneut mehrere tausend Menschen auf die Züge aus Prag. Die Polizei räumt Bahnhof und Bahnsteige. Doch immer wieder erobern die Demonstranten das Gebäude zurück. Gegen 20.00 Uhr sind dort 20.000 Menschen. Jetzt werden auch politische Losungen gerufen, Pflastersteine und Brandflaschen fliegen. Die Polizei setzt Tränengas und Wasserwerfer ein und verhaftet. Es entwickelt sich ein gewalttätiges Revolutionsszenario mit brennenden Autos und brutalen Polizeieinsätzen, es gibt Verletzte, der Bahnhof wird demoliert. Erst gegen 2.30 Uhr gewinnt die Polizei die Kontrolle zurück. Noch am späten Abend fordert der Dresdener SED-Chef Hans Modrow Militär an. Auseinandersetzungen mit der Polizei gibt es in der Nacht auch in anderen Orten entlang der Bahnstrecke mit den Flüchtlingszügen: im Kreis Auerbach, in Plauen, in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz), Freiberg und Reichenbach. Am 5. Oktober bekommen die Auseinandersetzungen in Dresden einen anderen Charakter. Die Demonstranten sind nun vorwiegend Dresdener Bürger, die sich friedlich verhalten. Mehrere tausend Sicherheitskräfte sind zusammengezogen. Die Hundertschaften der Armee gehen mit der Polizei gegen die friedlichen Demonstranten vor, hunderte werden festgenommen. An den „Zuführungspunkten“, den provisorischen Unterkünften sowie in der für diesen Zweck benutzten Haftanstalt Bautzen, spielen sich unbeschreibliche Gewaltakte ab.

Das Spektakel vor der Weltöffentlichkeit mit dem Volk auf der Flucht war in diesen Tagen nicht die einzige Niederlage der SED. Auch die Menschen, die im Lande bleiben wollten, zerstörten den Schein kommunistischen Glücks. In Leipzig will die Staatsmacht das Friedensgebet und die anschließende Demonstration verhindern. Sie rekrutiert SED-Funktionäre,

Funktionäre der Blockparteien, das Universitätspersonal und Betriebsgruppen, um Unterstützung vorzuspiegeln. Bischof Hempel wird vorgeladen und unter Druck gesetzt. Dieser erklärt erneut, dass die Ursachen der Demonstrationen in der Politik des Staates zu suchen seien. Monitore überwachen die Innenstadt, für westliche Journalisten wird die Stadt gesperrt. Bereitschaftspolizei, MfS, Kampfgruppen der SED, Offizierschüler und andere Formationen werden bereitgestellt.

Zu den Friedensgebeten kommen erneut mehr Menschen. Klaus Kaden in der Nikolaikirche mahnt: „Es kommt jetzt nicht darauf an, sich ein Herz zu fassen, sondern auch in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner sein Herz zu bewahren.“ Nach den Friedensgebeten formiert sich eine Demonstration mit weit über 10.000 Menschen. Absperrketten der überforderten Polizei werden durchbrochen. Ein Teil der Demonstranten sammelt sich vor der Thomaskirche. Hier kommt es zum gewaltsamen Einsatz von Polizei mit Hunden, Schilden und Schlagstöcken. Viele Menschen werden verletzt und verhaftet. Die gewalttätige Konfrontation belastet einen Teil der sehr jungen wehrdienstpflichtigen Polizisten und ebenso die älteren Kampfgruppenmitglieder außerordentlich. Sie haben es auf der Straße nicht mit Chaoten und Randalierern zu tun, wie ihnen eingeredet worden war, sondern mit ihresgleichen, Arbeitern und Angestellten.

Die Demonstranten rufen: „Wir sind keine Rowdies!“ So waren sie in der Presse titulierte worden. Ins Positive gewendet wird daraus spontan: „Wir sind das Volk!“ Die Bürger treten aus der Untertanenrolle heraus, sie bestreiten die Legitimation des so genannten Arbeiter- und Bauernstaates und ernennen sich selbst zum Souverän. Mit „Wir sind das Volk!“ geht die Bevölkerung in die Aktion. Neben den politischen Forderungen „Freiheit“ oder „Neues Forum zulassen“ gilt den Zuschauern: „Schließt euch an, wir brauchen jeden Mann.“ Vor den Polizeiketten heißt es „Keine Gewalt“, „Lasst die Gefangenen frei“, „Stasi raus“. Am späten Abend wurde in den westlichen Medien über die Ereignisse berichtet.

Die Bürgerbewegungen bekommen in diesen Tagen Zulauf und werden auch von vielen Künstlern unterstützt. Obwohl eine Reihe Vertreter des Neuen Forums von der Polizei festgenommen und verhört werden, finden überall im Lande große Veranstaltungen statt, auf denen sich die Opposition vorstellen kann. Die größte Veranstaltung dieser Art ist die zum 6. Oktober vom Berliner Stadtjugendpfarrer einberufene „Zukunftswerk-

statt“ unter dem Thema „Wohin DDR?“. 2.000 Menschen besuchen die Erlöserkirche.

Am 6. Oktober erreicht die Anspannung einen neuen Höhepunkt. Kampfgruppeneinheiten werden durch das Land gefahren und die Gerüchte über die Vorbereitung der Armee und der Polizei auf den Einsatz gegen Demonstranten reißen nicht ab. Die SED stellt ihrem Staatsvolk und der Opposition in einem Artikel des Kampfgruppenkommandeurs Günter Lutz ein Ultimatum: „Bürger christlichen Glaubens“ sollten „ihre Andacht und Gebete“ in der Nikolaikirche „verrichten“. Gegen die „gewissenlosen Elemente“, die kirchliche Veranstaltungen missbrauchten, müssten aber die „Werte und Errungenschaften des Sozialismus“ geschützt werden: „Wenn es sein muss, mit der Waffe in der Hand!“ Angst und Zorn sind überall zu spüren.

Am Abend beginnen in Berlin die Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR. 70.000 Jugendliche im Blauhemd der FDJ sind angefahren worden. Im Laufschrift ziehen sie an der Tribüne der Staats- und Parteispitze mit vielen internationalen Gästen in einem riesigen Fackelzug vorbei. Honecker strahlt. Er hat sein Fest. Aber selbst bei den ausgewählten Jugendlichen regt sich Unwillen. Und es sind Rufe zu hören: „Perestrojka“, „Gorbatschow hilf“. Honecker ist blamiert, vor allem vor seinem prominentesten Gast, Michail Gorbatschow.

Am „Tag der Republik“, dem 7. Oktober 1989, ist das Land mit Großplakaten „40 Jahre DDR“ herausgeputzt. Die wirtschaftlichen und politischen Erfolgsmeldungen sind maßlos. Überall sind Volksfeste vorbereitet. Eine Militärparade soll die Kraft der DDR demonstrieren. Westliche Journalisten dürfen nicht einreisen. Die Fassade des Volksjubels soll aufrecht erhalten werden. Die politische Ignoranz des SED-Chefs drückt sich in dem bald zum geflügelten Wort gewordenen Satz von Michail Gorbatschow aus: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben!“ Und die Strafe hat viele Formen. Bürger verweigern die Annahme von Orden. Bei den Feierlichkeiten kommt es zu Aufläufen, Protesten kleiner Gruppen, in Markneukirchen zu einer kleineren Kerzendemonstration, Veranstaltungen müssen ausfallen. Oft gibt es Gelächter und Pfiffe, wenn Redner den Sozialismus preisen. Im Gothaer Friedensgebet werden vierzig Kerzen als Zeichen der erloschenen Hoffnungen gelöscht. In Erfurt besuchen 2.000 Menschen den Sonnabendgottesdienst in der Kaufmannskirche, der noch einmal wiederholt werden muss. In Leipzig sam-

meln sich 5.000 Demonstranten, die nach Verhaftungen und hartem Vorgehen vertrieben werden können. In Dresden entwickelt sich am Abend eine Demonstration mit bis zu 10.000 Bürgern, die durch die Stadt ziehen. Vor dem Rathaus, in dem gerade ein Empfang mit internationalen Gästen zum Festtag stattfindet, ruft die Menge „Wir sind das Volk“ und „Schämt euch!“. Am späten Abend kommt es wieder zu gewalttätigen Übergriffen, Prügelorgien und Verhaftungen.

Die eindruckvollste Demonstration findet in Plauen im Vogtland statt. Dort erscheinen 20.000 Menschen auf dem Theaterplatz. Losungen fordern Reformen, auch der Ruf „Deutschland“ ist zu hören. Bald rücken Wasserwerfer an und Polizeieinheiten formieren sich im Rücken der Demonstranten, Schlagstöcke werden eingesetzt. Einige Demonstranten werfen auf die Wasserwerfer Flaschen. Die Menge formiert sich zu einem Demonstrationzug. Vor dem Rathaus sind Maschinengewehre aufgebaut. Ein Polizeihubschrauber kreist über den Menschen. Die Menschen sind aufs Äußerste erregt. In dieser Situation ergreift Superintendent Küttler die Initiative und wird gleichsam als Volkstribun von den Menschen angenommen. Es gelingt ihm, vom Bürgermeister eine Gesprächszusage mit Demonstranten zu erhalten und den Abzug der Maschinengewehre und des Hubschraubers zu erreichen. Das wird von den Demonstranten gefeiert, die am Abend nach Hause gehen.

Tumulte und Demonstrationen gibt es in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz), Magdeburg, Potsdam, Ilmenau und Arnstadt. Für das Regime besonders blamabel waren die Demonstrationen in Ost-Berlin, die sich vor den Augen der internationalen Staatsgäste abspielten. Sie begannen auf dem Alexanderplatz, wo Oppositionelle den Anstoß gaben. Auch vor dem „Palast der Republik“, wo der offizielle Festakt stattfindet, demonstrieren viele Tausende. Hier erklingen die Sprechchöre „Wir sind das Volk!“, „Demokratie, jetzt oder nie“ und der legendäre Ruf „Gorbi, Gorbi, hilf uns!“. Am Abend zieht die Menge durch die Stadt zur Gethsemane-Kirche im Prenzlauer Berg. Viele Menschen werden festgenommen, es wird geprügelt. Die Polizei sperrt die Gegend um die Kirche ab. Gegen Mitternacht greifen die Sicherheitskräfte mit Lastwagen mit Gitterschildern, Wasserwerfern, Hundestaffeln und anderer Polizeitechnik die Demonstranten an. Die von der Polizei abtransportierten Menschen erleben in den „Zuführungspunkten“ eine äußerst brutale Behandlung. Sie werden geschlagen, beschimpft, sie müssen in „Fliegerstellung“ mit gespreizten Beinen und nur mit Fingerspitzen an der Wand in Garagen, Gefängnis-

zellen oder Kellern stundenlang stehen. Eine im Stadtjugendpfarramt angesiedelte Kontakttelefongruppe der Opposition dokumentiert noch in der Nacht des 7. Oktober die ersten Mitteilungen über die Übergriffe und nimmt Namen von Verhafteten auf.

Am Tage nach den offiziellen Feierlichkeiten spricht Honecker mit Gorbatschow. Während Honecker Gorbatschow vorhält, in der Sowjetunion gäbe es Lebensmittelknappheit, während die DDR-Bürger gut versorgt seien, mahnt ihn sein Gesprächspartner zu mehr Beweglichkeit. Der anmaßende Auftritt Honeckers in der anschließenden Sitzung im Politbüro ist selbst manchen seiner Spitzenfunktionäre peinlich. Honecker hat aber nichts anderes im Sinn, als nach Wegen zu suchen, die Proteste niederzuschlagen.

An diesem Sonntag, dem 8. Oktober, erfasst die Protestwelle weitere Städte und Gemeinden. In Ost-Berlin eskaliert erneut die Gewalt gegen Demonstranten um die Gethsemane-Kirche. Die Übergriffe veranlassen Theater, Künstlerverbände und Künstlergruppen zu Protesten. Arbeiter drohen mit Streiks. Die Schriftstellerin Christa Wolf fordert einen Dialog zwischen Regierung und Opposition. In Dresden tritt überraschenderweise eine neue Lage ein. Dort gerieten am Abend einige tausend Demonstranten in einen Polizeikessel. Jetzt ergriffen die katholischen Kapläne Frank Richter und Andreas Leuschner die Initiative. Sie boten den Polizeioffizieren das Ende der Demonstration an, wenn die Gegenseite als Gesprächspartner den Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer benennen würde. Nach internen Verhandlungen, an denen auch Superintendent Christoph Ziemer beteiligt war, wurde das Angebot mit Zustimmung von Berghofer und Modrow angenommen. Berghofer sagte zu, Vertreter der Demonstranten am nächsten Morgen im Rathaus zu empfangen. Es wurden zwanzig Demonstranten ausgewählt, die umgehend einen Forderungskatalog zusammenstellten. Dazu gehörten das Verlangen nach Freilassung der politischen Gefangenen, Wahlfreiheit und die Legalisierung des Neuen Forums. Diese Gruppe nannte sich zunächst „Bürgerkomitee Dresden“, die spätere „Gruppe der 20“.

Am Montag, dem 9. Oktober, herrscht eine unheimliche Stimmung. Wie wird das Montagsgebet in Leipzig ausgehen? Die Dresdener Lösung scheint nicht übertragbar, da das Gespräch mit Berghofer kaum Ergebnisse gebracht hat. Nur die Entlassung von Gefangenen war zugesagt worden. Protestwelle und Friedensgebete weiten sich im Lande aus. Opposi-

tionelle und Kirchenleute rufen zur Gewaltlosigkeit auf. In der DDR-Presse wird wieder gedroht. Die Sicherheitsbehörden waren instruiert worden: „Genossen, heute ist Klassenkampf.“ Die Bürger wurden aufgefordert, die Innenstadt zu meiden, Gerüchte über bereitgestellte Krankenhauspätze und Blutkonserven gehen um. Es standen 6.000 Mann mit Wasserwerfern und Schützenpanzerwagen bereit. Hinzu kamen 5.000 zuverlässige SED-Genossen. Intensiv wird in den Friedensgebeten in vier Kirchen zur Gewaltlosigkeit aufgerufen. Aber auch entschlossene Worte sind zu hören.

Pfarrer Sievers predigt: „Es wird ein langer Weg, es wird ein schwerer Weg. Es wird an Knüppeln nicht fehlen, die man uns über den Kopf schlagen oder zwischen die Beine werfen wird, doch dieser Weg kann nicht zurückgegangen werden. Wir haben begonnen abzutun, was kindlich ist. Wir werden laufen und laufen und laufen und uns nicht wieder wie Kinder behandeln lassen.“

Als die Menschen aus den Kirchen strömen, sehen sie überfüllte Straßen. Etwa 70.000 Menschen sind gekommen und marschieren über den Leipziger Innenstadtring. Die Demonstranten rechnen noch damit, dass geschossen werden könnte. Doch die Angst verfliegt mit den Losungen „Wir sind das Volk!“ und „Keine Gewalt“. Zudem wird über den Stadtfunk eine Botschaft von sechs Leipziger Persönlichkeiten – unter ihnen der Dirigent Kurt Masur – verbreitet, die Demonstranten und Truppen zum Gewaltverzicht aufruft.

Der entscheidende Grund für den Gewaltverzicht ist die Überrumpelung der Sicherheitsorgane durch die ungeheure Menschenmenge. Die geplanten polizeilichen Maßnahmen sind zum Scheitern verurteilt. Es bleibt nur noch die Option, willkürlich in die Menge zu schießen. Die Kommandeure rufen in Berlin an. Der Vertreter Honeckers, Egon Krenz, kann sich nicht entscheiden. Inzwischen nimmt die Demonstration ihren Lauf und löst sich am Abend friedlich auf. Die Nachricht, dass die Demonstration in Leipzig friedlich verlaufen ist, löst in der gesamten DDR eine kaum zu beschreibende Freude aus. Bald schon sind Bilder im Westfernsehen zu sehen. Bürgerrechtler hatten heimlich die Aufnahmen aus der Stadt geschmuggelt.

Die Bedeutung dieses Abends wurde damals sofort erfasst, wenn es auch deutlich war, dass mit dem friedlichen Ausgang noch nicht alles gewon-

nen war. Die SED war in die Defensive geraten. Für beide Seiten war eine neue, nicht überschaubare Lage entstanden. Nur eines war offenbar: Mit dem Ende der Fiktion von der Einheit von Partei und Volk war die Macht der SED im Kern getroffen. Die Gewalt hatte sich nicht ausgezahlt, sondern nur noch den Zorn der Bürger verstärkt. Bis zum 9. Oktober waren etwa 3.500 Menschen festgenommen worden. Fast alle hatten Misshandlungen erlitten. Eine größere Anzahl war verletzt worden. Über 600 Personen wurden mit einem Ermittlungsverfahren überzogen. Nun suchte die SED einen politischen Weg, um wieder handlungsfähig zu werden.

Das *Neue Deutschland* veröffentlichte am 12. Oktober eine Erklärung des Politbüros der SED, die den üblichen Propagandamustern mit Drohungen und Schuldzuweisungen an den Westen zu folgen schien. Doch erstmals wurde die Flucht von DDR-Bürgern bedauert und es hieß: „Wir stellen uns der Diskussion.“ Damit war die Forderung nach einem Dialog aufgenommen. Obwohl die SED gleichzeitig die Option einer gewaltsamen Niederschlagung des Aufbegehrens noch nicht aufgegeben hatte und weitere militärische Pläne schmiedete, wollte sie der Bewegung die Spitze abbrechen. Seit dem 14. Oktober wurden zahlreiche Gefangene entlassen. Die SED behauptete in ihrer Presse, dass sie immer schon für einen Dialog gewesen sei. Tatsächlich kam es in Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz), Plauen, Halle und anderen Städten zu Gesprächen zwischen SED-Funktionären und Oppositionellen sowie kirchlichen Vertretern. Gleichzeitig rief die SED auf, in Sälen und geschlossenen Räumen zu diskutieren, nicht aber zu demonstrieren.

Für die Bürgerbewegungen war schnell ersichtlich, dass die SED diese Dialoge als Ventil benutzen wollte, um die Opposition zu neutralisieren und die Einstellung der Demonstrationen zu erreichen. Besonders die Berliner Vertreter der SDP und des Demokratischen Aufbruchs verweigerten daher diese Dialogpolitik. Aber auch die Demonstranten erkannten schnell das Täuschungsmanöver. Dort, wo Dialoge angeboten wurden, kamen Abertausende und überschütteten die Funktionäre mit Vorwürfen, Anklagen und Rücktrittsforderungen. In Leipzig mobilisierte der Aufruf der SED zum Dialog am Montag nochmals mehr Demonstranten, es kamen 120.000. Im Laufe des Oktobers brach die Beschwichtigungspolitik der SED zusammen. Damit war auch der Bann gebrochen, der in vielen Orten die Menschen aus Angst oder einfach wegen des Mangels an Initialzündungen bislang gehindert hatte, auf die Straßen zu gehen. Nun setzte eine Demonstrationswelle in der DDR ein, die vergleichbar war mit

der Mobilisierung während des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953. Im Oktober stieg die Anzahl der Demonstrationen und die Beteiligung an ihnen rasant an. Nach Zählungen des MfS wurden vom 16. bis 22. Oktober 24 Demonstrationen mit 140.000 Teilnehmern festgestellt. In der Woche vom 23. bis 30. Oktober waren es bei 140 Demonstrationen schon 540.000 Teilnehmer. In der letzten Oktoberwoche wurde täglich in über zwanzig Orten demonstriert, von kleinen Orten bis zu den Großstädten. Insgesamt fanden im Oktober 330 Demonstrationen in allen Bezirken der DDR statt.

Manche dieser Demonstrationen waren spontan entstanden. Zumeist entwickelten sie sich aber nach Aufrufen der Bürgerbewegungen und nach den Friedensgebeten. Die Wucht der Demonstrationswelle konnten sich die Sicherheitsorgane nicht erklären. Sie vermuteten, dass die Opposition über ein ausgefeiltes Kommunikationsnetz in den Strukturen der Kirche verfüge. Dies war nicht der Fall. Allein die Mund-zu-Mund-Propaganda genügte, um die Menschen zu mobilisieren. Oppositionelle waren auf den Demonstrationen allerdings die wichtigsten Sprecher. Doch überall meldeten sich die Menschen spontan zu Wort.

Der politische Gehalt der Demonstrationen drückte sich in Sprechchören und auf Spruchbändern aus. Den bisher schweigenden Menschen war die Zunge gelöst. Das Bedürfnis nach öffentlichem Reden war oft so groß, dass die Organisatoren an den Rand ihrer Kräfte gelangten. In den ersten harten Auseinandersetzungen mahnten die Demonstranten „Keine Gewalt“ und bei Zugriffen des Geheimdienstes „Stasi raus!“. Als ihre Vertretung benannten sie die Opposition: „Neues Forum zulassen“. Und selbstbewusst erklang „Das Volk ist kein Bittsteller!“ oder „Regiert die SED alleene, sind wir Montags wieder off die Beene!“. Neben den schon zum Ritual gewordenen Losungen entstanden laufend neue, die Einzelne in die Menge riefen. Ihr Sprachrhythmus wurde geprüft und wenn er stimmte, brandete in Sekunden die Losung in der Masse auf, hielt sich eine Weile, rollte davon und kam zurück. Manche Losungen fanden auch eine Melodie und wurden gesungen. Den Sicherheitskräften galt: „Schließt euch an!“ oder „Schämt euch!“. Mitte Oktober kamen die Sprachspiele auf, die die SED-Sprache enteigneten: „Die führende Rolle dem Volk!“, „Die Demokratie in ihrem Lauf, hält weder Ochs noch Esel auf.“, „Privilegierte aller Länder, beseitigt euch!“. Durch Verfremdung wird ein Gegensinn etabliert: „Von der Sowjetunion lernen, heißt siechen (früher siegen!) lernen.“ Die Absage an die SED war in der ersten Novemberwoche

perfekt. Wenn SED-Leute Versprechungen machten, schallte ihnen entgegen: „Zu spät, zu spät!“ Generell hieß es „SED-Ade“ und „Die Zeichen stehen auf Sturm, DDR!“.

Die Wirkung dieser Demonstrationen auf die Herrschenden war verheerend. Im höchsten Organ der SED, im Politbüro, suchte man Schuldige und fand sie in Honecker und seinen vertrauten Spitzenleuten. Am 17. Oktober 1989 fand eine Palastrevolution gegen Honecker statt. Egon Krenz wurde zu seinem Nachfolger als Generalsekretär der SED gewählt. Noch am Abend sprach Krenz in einer einstündigen Ansprache im Fernsehen zu den Bürgern der DDR. Er war kein Liberalisierer, sondern suchte lediglich die Macht der SED zu retten. Und er war auch ungeschickt. Krenz redete die Menschen, die gerade dabei waren, sich die Rechte als Bürger zu erkämpfen, mit „Liebe Genossen und Genossinnen“ an. Ein Fauxpas, der die Unfähigkeit dokumentierte, Beziehungen zu den Menschen aufzunehmen und diese ein Gelächter anstimmen ließ. Mit den Beschlüssen des Zentralkomitees, so kündigte er an, „werden wir eine Wende einleiten, werden wir vor allem die politische und ideologische Offensive wieder erlangen.“

Das Wort „Wende“ hakte sich fest. Für die SED sollte es das Signal sein, sich dem sowjetischen Vorbild zuzuwenden. Für die Kritiker reduzierte es die nötigen Veränderungen auf die Binnenperspektive der SED. Auf den Demonstrationen antworteten die Menschen: „Wende um 360 Grad – Ohne uns! Revolutionäre Umgestaltung – Mit uns!“ Die Opposition reagierte überwiegend ablehnend. Auch die Bevölkerung nahm ihn nicht ernst. In Berlin formierte sich sofort nach seiner Wahl spontan eine Protestdemonstration mit bis zu 20.000 Menschen. Sie skandierten „Wir sind keine Fans von Egon Krenz!“ und „Egon allein, das darf nicht sein.“ Auf der Berliner Demonstration am 4. November zeigte eine Bildtafel Egon Krenz mit Haube als Wolf im Bett der Großmutter. Auf der Tafel stand die Frage Rotkäppchens: „Großmutter, warum hast Du so große Zähne?“ Und auf den Plakaten stand: „Krenz-enlose Freiheit“, „eGOn“, „Wer war Egon Krenz?“.

Dem glücklosen und schwachen Krenz entglitt zunehmend die Macht, da sich viele gesellschaftliche Bereiche der SED-Kontrolle entzogen. Die bislang streng kontrollierten und durch Selbstzensur zusätzlich verstümmelten Medien nutzten die Gelegenheit zur Emanzipation. Eine Vorreiterrolle übernahmen die Zeitungen der Blockparteien, die nun immer häu-

figer über die Opposition und die Demonstrationen sachlich berichteten. Als Sensation wurde empfunden, dass am 24. Oktober das Jugendfernsehen *Elf99* live eine Podiumsdiskussion mit Bärbel Bohley sendete. Am 29. Oktober versprach die *Aktuelle Kamera* für die Zukunft eine wahrheitsgetreue Information. Jetzt veröffentlichten die DDR-Medien auch die bislang als Staatsgeheimnis behandelten Umweltdaten. Am 30. Oktober musste der verhasste Chefagitator des Ostfernsehens, Karl Eduard von Schnitzler, seine Sendung *Der schwarze Kanal* einstellen. „Sudel-Ede“ hieß Schnitzler im Volksmund.

Seit Mitte Oktober forderten die Bürgerbewegungen, Künstler und kirchliche Amtsträger die Einrichtung von Untersuchungskommissionen, die die Gewalttaten der ersten Oktobertage aufklären sollten. Krenz als Sicherheitschef galt als der Hauptverantwortliche. Er konnte diese Kommissionen nicht verhindern. Diese Untersuchungskommissionen bedeuteten einen ersten, wenn auch noch kleinen Schritt zur Machtteilung.

Eine weitere Form der Zusammenarbeit zwischen Oppositionellen und der Staatsmacht waren die so genannten Sicherheitspartnerschaften mit der Polizei. Mit dem Anwachsen der Demonstrationen hatten die Organisatoren in vielen Fällen selbst Ordner gestellt, und häufig kam es zu Absprachen mit der Volkspolizei. Seit Ende Oktober erzwangen immer mehr Oppositionelle Einfluss in den Kommunen. Am 30. Oktober musste der Dresdener Oberbürgermeister Berghofer die „Gruppe der 20“ de facto anerkennen und ihr Mitsprache im Stadtparlament zubilligen.

Im Bemühen, die akuten Konflikte zu entschärfen, suchte Krenz nach Lösungsansätzen für die Ausreiseproblematik. Die in Warschau wartenden Flüchtlinge durften umgehend in die Bundesrepublik ausreisen. Am 27. Oktober wurden – nicht zuletzt wegen Streikdrohungen – die am 3. Oktober verhängten Reisebeschränkungen in die Tschechoslowakei aufgehoben. Obwohl damit die hermetische Abriegelung der DDR erneut durchbrochen war, bedeutete dies keine generelle Öffnung der Grenzen. Es gab immer noch schwierige Fluchten. Das letzte Todesopfer ertrank am 30. Oktober bei dem Versuch, über die Oder nach Polen zu gelangen.

Die Möglichkeiten, in die ČSSR zu reisen, führten sofort zu einem neuen Zustrom von Flüchtlingen nach Prag. Als sich in wenigen Tagen bis zu 50.000 Menschen über die ČSSR auf den Weg in die Bundesrepublik machten, protestierte die tschechoslowakische Regierung energisch.

Die DDR solle ihre Probleme selber lösen, war aus Prag zu hören. Um die Lage zu entspannen veröffentlichte das *Neue Deutschland* am 6. November 1989 den Entwurf für ein Reisegesetz. Dieses wiederum restriktive Papier löste noch am gleichen Tag energische Proteste der Opposition und lautstarke Unmutsäußerungen auf den Demonstrationen aus.

Ende Oktober versuchte die SED, die DDR-Bürger mit neuen wirtschaftlichen Versprechen zu beruhigen und kündigte eine bessere Versorgung mit Importwaren und Konsumgütern an. Dies erwies sich als undurchführbar, denn seit dem 31. Oktober 1989 lag das so genannte „Schürer-Papier“ vor. Es zog eine vernichtende Bilanz. Das Wirtschaftswachstum war gesunken, die Milliarden-Investitionen hatten keine Ergebnisse gebracht, die Erträge der Landwirtschaft waren rückläufig, die Infrastruktur war verbraucht, eine Inflation drohte. Das System der Planung und Lenkung der Volkswirtschaft war am Ende, die Arbeitsproduktivität 40 Prozent niedriger als in der Bundesrepublik, die Verschuldung gegenüber dem Westen auf 49 Milliarden DM und die innere Verschuldung auf 123 Milliarden Mark angewachsen, die Zahlungsunfähigkeit drohte. Diese könne nur verhindert werden, wenn in der DDR die Konsumtion auf 25 bis 30 Prozent abgesenkt würde. Am 1. November 1989 traf sich Krenz mit Gorbatschow und bat um Hilfe. Gorbatschow konnte nicht, da sein Land selbst in einer Krise steckte.

Um ihren Autoritätsverlust zu kompensieren, begann die SED-Führung ihre Spitzenfunktionäre auszutauschen. Jetzt mussten viele der älteren 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen und viele kommunale Funktionäre ihren Hut nehmen. Am 3. November 1989, der bald „Tag der Rücktritte“ genannt wurde, traten der FDGB-Vorsitzende Harry Tisch, der CDU-Vorsitzende Gerald Götting und der Vorsitzende der NDPD, Heinrich Homann, zurück. Dazu kamen Spitzenfunktionäre in den SED-Medien, den Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Bereichen. Krenz gab bekannt, dass weitere Politbüromitglieder, unter anderen Erich Mielke und Kurt Hager, ihre Abdankung zugesagt hätten.

Das politische Gewicht der Opposition in der Auseinandersetzung mit der SED nahm in der zweiten Oktoberhälfte rasch zu. Nahezu in allen Städten waren ihre Vertreter die Wortführer der Auseinandersetzungen mit der SED. Obwohl sich in den Betrieben neue Gewerkschaften nur ansatzweise bildeten, organisierten die Belegschaften zahlreiche Unterstützerguppen für das Neue Forum. Bis zum 23. Oktober hatten weit über 100.000

Personen an Informationsveranstaltungen der Opposition in den Kirchen teilgenommen. Und das MfS stellte fest, die Opposition „durchdringt zwischenzeitlich – vor allem das ‚Neue Forum‘ betreffend – ausnahmslos alle wesentlichen Bereiche der Gesellschaft.“

Allerdings fehlten der neuen Opposition Kommunikationsmittel, Geld, Papier und Telefone. Oppositionelle mussten sich um Friedensgebete und Demonstrationen kümmern, interne Konferenzen organisieren, Verbindungen zu Journalisten pflegen, später zu westlichen Politikern und ausländischen Botschaften Beziehungen unterhalten, Besuchergruppen und Revolutionstouristen aus aller Welt betreuen.

Die offenen Repressionen und Behinderungen durch das MfS ließen Mitte Oktober etwas nach. Das MfS arbeitete allerdings nach wie vor auf Hochtouren, sammelte Material, hielt jede oppositionelle Bewegung mit Hilfe seiner Agenten fest und plante auch noch Repressionsmaßnahmen. Das alles erschwerte die Strukturbildung. Am 14. Oktober fand in Berlin trotz Behinderungen durch das MfS die erste landesweite Regionalgruppenvertreterkonferenz mit 110 Delegierten des Neuen Forums statt. Der Demokratische Aufbruch konnte am 29. Oktober bei einem landesweiten Treffen in Berlin eine ordentliche Kommunikations- und Leitungsstruktur aufbauen. Hier fiel auch die Entscheidung, den DA in eine Partei umzuwandeln. Als sich die Bürgerbewegung Demokratie jetzt am 27. Oktober in Berlin öffentlich vorstellte, schlug Wolfgang Ullmann vor, einen Runden Tisch einzurichten. Dieser Vorschlag wurde von anderen Gruppierungen aufgegriffen. Während in den Bürgerbewegungen zumeist die politische Zukunft unter dem Stichwort „demokratischer Sozialismus“ debattiert wurde, verfügte bislang nur die SDP über ein Programm, das auf eine repräsentative Demokratie und die Marktwirtschaft zielte. Aus diesen Gründen schätzte das Politbüro der SED die Sozialdemokraten als besonders gefährlich ein. Nach heftigen Auseinandersetzungen verschiedener grüner Gruppen im Oktober gelang es der „Gründungsinitiative für eine Grüne Partei in der DDR“ am 5. November einen Gründungsauftrag herauszugeben. Trotz vieler Schwächen und innerer Differenzen waren zunächst nur die oppositionellen Bürgerbewegungen in der Lage, der Bevölkerung eine Alternative zum SED-System anzubieten. In den Blockparteien, die sich im Oktober langsam von der SED lösten, nahmen zwar die entschlossenen Reformer an Bedeutung zu. Sie sollten aber erst im November ihre Parteien dominieren.

Zwischen Bürgerbewegung und Demonstranten kam es Ende Oktober und Anfang November zu einem Synergismus. Die Opposition profitierte von dem Druck, der von der Straße ausging. Die Demonstranten entdeckten, dass sie die SED vor sich hertreiben konnten. Dies war besonders bei einigen Großdemonstrationen spürbar. Auf Vorschlag von Jutta Seidel vom Neuen Forum organisierten die Berliner Theaterkünstler am 4. November eine Demonstration für die Inhalte der Artikel 27 und 28 der Verfassung, die die Meinungsfreiheit formal garantierten. Als die SED das Vorhaben nicht verhindern konnte, bemühte sich die Partei, die Demonstration zu benutzen, um die Krenz-Wende zu stabilisieren. Immerhin wurde erreicht, dass einige hohe SED-Funktionäre reden konnten. Als der Demonstrationzug begann, hatten sich mindestens eine halbe Million Menschen versammelt. An der Spitze des Zuges wurden Spruchbänder getragen mit „Recht auf freie Medien!“ und „Protestdemonstration – Solidarität mit Václav Havel!“.

Als erster Redner trat ausgerechnet der ehemalige Spionagechef und MfS-General Markus Wolf auf. Er stand auf der Rednerliste, weil er bei Intellektuellen als Perestroika-Mann galt. In seiner Rede bat er, das MfS nicht „zum Prügelknaben der Nation“ zu machen. Er wurde von der Menge niedergeschrien. Ebenso erging es Günter Schabowski als Vertreter des Politbüros der SED. Er kam kaum zu Worte und es schallte immer wieder der Ruf „Aufhören!“. Künstler wie Christa Wolf, Christoph Hein oder Stephan Heym, sowie die Vertreter der Opposition wie Jens Reich und Marianne Birthler wurden beklatscht. Während die Reden, von Ausnahmen abgesehen, die Reform des Sozialismus betonten, ohne dies immer zu konkretisieren, fand die eigentliche revolutionäre Dynamik auf dem Platz statt. Die Spontaneität und Energie der sich befreienden Bevölkerung drückte sich vor allem in den Sprechchören und in hunderten selbstgemachter Plakate aus, ein wahres Sprachgewitter. Während auf der Tribüne die Schriftsteller in schönen Wendungen das heraufziehende Neue feierten, rissen unten die Losungen und Sprechchöre den Graben zur SED unüberbrückbar auf. Auf der Tribüne ging es um Reformen, auf dem Platz um Revolution. An diesem 4. November wurde in fast fünfzig Städten demonstriert. Über eine Million DDR-Bürger waren auf den Beinen.

Am 6. November gab es Großdemonstrationen in Dresden mit 200.000 Menschen und in Leipzig nach dem Friedensgebet mit 400.000 Menschen. In beiden Städten richtete sich die ganze Wucht der Massen in hunderten

von Losungen gegen die SED. Die DDR-Bürgerinnen und -Bürger wollten die Freiheit, die sie sich genommen hatten, festschreiben. Sie waren sich ihrer Kraft bewusst geworden.

Krenz wusste nun, dass er in der DDR kaum noch Gehör finden würde. Auch Gorbatschow hatte ihm eine Abfuhr erteilt. Jetzt blieb nur noch eine Rettung – ausgerechnet der „Klassenfeind“ im Westen. Darum schickte er den langjährigen Devisen-Beschaffer Alexander Schalck-Golodkowski nach Bonn. Dieser hatte seit Jahren mittels legaler und illegaler Geschäfte die SED mit DM versorgt sowie immer neue Kredite ausgehandelt. Jetzt verhandelte er mit Kanzleramtsminister Rudolf Seiters und Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble. Er bettelte geradezu um einen 13-Milliarden-DM-Kredit für die Schuldentilgung, für laufende Zinszahlungen und die Finanzierung des Reiseverkehrs nach einem neuen Reisegesetz. Er wollte die Finanzhilfen als ein Zeichen Bonns zu Gunsten der SED-Reformer verstanden wissen. Ein solcher Kredit wäre durchaus möglich gewesen. Aber jetzt änderte sich die Ostpolitik der Bundesregierung, die seit fast zwei Jahrzehnten die DDR mit immer neuen Krediten unterstützt hatte.

Noch am Abend des 6. November verfassten Kohl, Seiters und Schäuble eine Passage, die in den schon vorliegenden Text des „Berichtes der Bundesregierung zur Lage der Nation im geteilten Deutschland“ am 8. November im Bundestag erstattet werden sollte. Darin hieß es: „Wir wollen nicht unhaltbare Zustände stabilisieren. Aber wir sind zu umfassender Hilfe bereit, wenn eine grundlegende Reform der politischen Verhältnisse in der DDR verbindlich festgelegt wird. Die SED muss auf ihr Machtmonopol verzichten und muss freie Wahlen und damit die freie Zulassung von Parteien verbindlich zusichern. Unter dieser Voraussetzung bin ich auch bereit, über eine neue Dimension unserer wirtschaftlichen Hilfe zu sprechen. Dabei ist auch klar, dass ohne eine grundlegende Reform des gesamten Wirtschaftssystems, den Abbau bürokratischer Planwirtschaft und den Aufbau einer marktwirtschaftlichen Ordnung jede wirtschaftliche Hilfe letztlich vergeblich bleiben wird. Einen grundlegenden politischen und wirtschaftlichen Wandel in der DDR zu fördern, ist unsere nationale Aufgabe.“

Krenz musste darauf reagieren. Er wollte seine SED auf der Tagung des Zentralkomitees vom 8. bis 10. November 1989 auf die neue Lage einstimmen. Irgendwie musste er nun der Opposition entgegenkommen und

auch Wahlen abhalten lassen, sollte die DDR nicht in kürzester Zeit zusammenbrechen. Und natürlich trachtete er, die Macht der SED nicht aufzugeben. Als am 8. November die ZK-Mitglieder zum ersten Sitzungstag in Berlin erschienen, wurden sie immer noch nicht genau über die wirtschaftliche Lage aufgeklärt. Die Versammlung nahm chaotische Züge an. Die Genossen ergingen sich in Selbstmitleid und gegenseitigen Schuldvorwürfen. Am Nachmittag des 9. November kam das neue Reisegesetz zur Sprache. Wegen der anhaltenden Proteste sollte eine neue Regelung getroffen werden, die Krenz vortrug. Privatreisen sollten ohne „Vorliegen von Voraussetzungen (Reiseanlässe und Verwandtschaftsverhältnisse) beantragt“ werden können. Bedingung für die Antragstellung war allerdings der Besitz eines Reisepasses, über den nur wenige DDR-Bürger überhaupt verfügten. Visa für die ständige Ausreise sollten „unverzüglich“ erteilt werden. Eine entsprechende Presseerklärung war vorbereitet. Als Sperrfrist war der frühe Morgen des 10. November vorgesehen. Das ZK stimmte zu. Krenz gab den Zettel an Schabowski, der die Presse über die Ergebnisse der ZK-Sitzung unterrichten sollte. Er wusste nicht, welche Folgen dieses kleine Papier haben würde.

MAUERFALL UND MACHTSCHWUND DER SED

9. NOVEMBER 1989 BIS JANUAR 1990

Günter Schabowski redete auf der Pressekonferenz über die „Wende“ und über die „befestigte Staatsgrenze“. Er las stockend die neuen Regelungen des Reisegesetzes vor. Kurz vor 19.00 Uhr wurde Schabowski von dem italienischen Journalisten Riccardo Ehrmann nach dem Inkrafttreten der Reiseregelung gefragt. Jetzt kam es zu dem folgenreichen Missverständnis. Schabowski, der die Hintergründe und Absichten der Formulierungen nicht kannte, schaute auf seinen Zettel, wo er einige ihm besonders ins Auge stechende Worte vorlas. So sagte Schabowski: „sofort, unverzüglich“. Auf Nachfragen antwortete er, dass die Ausreisen „über alle Grenzübergangsstellen“ erfolgen könnten. Die ungenaue Wiedergabe ließ Interpretationen des „sofort, unverzüglich“ zu.

Das DDR-Fernsehen hatte die Pressekonferenz übertragen. Die DDR-Bürger und die Westberliner hörten diese Worte als die Verkündung der Öffnung der Mauer. Überall hatten lang gehegte Wünsche und Erwartungen Schabowskis Stottern in eine gute Nachricht verwandelt. Daraufhin machten sich einige Berliner auf, um zur Mauer zu gehen. „Nur mal gucken!“, sagten viele. Wer dem Ostfernsehen misstraute, erfuhr das Gleiche über die westlichen Medien, die dies wenige Minuten später meldeten, ohne das beabsichtigte

immer noch restriktive Regulierungsverfahren zu erwähnen. Die ARD-Tagesschau meldete um 20.00 Uhr, dass die Grenzen offen seien, da auch die westlichen Journalisten die unklaren Signale Schabowskis als Maueröffnung dechiffriert hatten. Es erschien wirklich, was für möglich gehalten wurde. Auch Westberliner und Journalisten wollten sehen, ob der Bannkreis, der sie einschloss, gebrochen war. Doch dort war alles ruhig.

Grenzkommandeure hatten die Sendung gesehen, konnten sich darauf keinen Reim machen und wiesen die ersten Ost-Berliner zurück. An den Grenzübergangsstellen in und um Berlin nahm der Zustrom der Menschen aber zu. In wenigen Stunden stauten sich dort mehrere zehntausend ungeduldige Menschen – vor allem am Übergang Bornholmer Straße. Die Grenzoffiziere hatten inzwischen die Anweisung, lautstark auftretende Personen ausreisen zu lassen und ihre Personalausweise ungültig zu stempeln. Sie sollten damit ausgebürgert sein. Diese Ventilösung brachte die wartenden Menschen auf, weil sie nicht verstanden, warum einzelne passieren durften. Westjournalisten an den Grenzübergangsstellen meldeten, dass offenbar das DDR-Grenzpersonal noch keine Weisung hätte. Trotzdem berichteten die Tagesthemen im ARD-Fernsehen kurz vor 23.00 Uhr: „Die Tore der Mauer stehen weit offen“.

Diese Meldung verstärkte den Zustrom an den Übergangsstellen. Aus Angst vor einem gewaltsamen Durchbruch öffnete der Kommandeur gegen 23.30 Uhr den Grenzübergang Bornholmer Straße. Wenig später gaben die Grenzoffiziere an anderen Grenzübergängen auf. An der Invalidenstraße erzwangen tausende Westberliner die Öffnung. Zu den eindrucklichsten Bildern dieser Nacht gehörte die Besetzung der Mauer am Brandenburger Tor durch die Berliner von beiden Seiten. Etwa um 1.00 Uhr waren auch die Grenzübergangsstellen an den Transitübergängen geöffnet. Unbemerkt von den überglücklichen Berlinern rückten an mehreren Grenzübergangsstellen Truppen an, die die Grenze wieder dicht machen sollten. Alle diese Unternehmen brachen zusammen, weil sich die Kommandeure mit tausenden Zivilisten konfrontiert sahen, gegen die sie keine Waffen einsetzen wollten.

Die bundesdeutsche und die internationale Politik kamen noch in der Nacht in Bewegung. Bundeskanzler Kohl war zu einem Staatsbesuch in Polen und beauftragte Seitzers, vor dem gerade debattierenden Bundestag eine Erklärung abzugeben. Nach dieser Erklärung sangen die Abgeordnete

ten tief bewegt die Nationalhymne. Kohl unterbrach seinen Besuch in Polen, um am nächsten Tag in Berlin sein zu können. Die alliierten Stadtkommandanten informierten umgehend die Regierungen in London, Paris und Washington. Krenz versuchte vergeblich, bei Gorbatschow anzuklopfen. Der war schon zu Bett gegangen.

Glückliche Menschen feierten in Berlin ein spontanes Fest. Die Berliner umarmten sich, küssten sich, tranken Sekt, sangen und tanzten an den Grenzübergangsstellen, auf dem Kurfürstendamm, unter dem Brandenburger Tor. Jubeln, Schreien, Lachen, viele, viele Glückstränen, Blumen und Geschenke, knallende Sektkorken, spontane private Einladungen, freigebige Gastwirte, kostenlose Taxen, Autokorsos, Hupkonzerte, hilfsbereite Menschen überall. Das wichtigste Wort dieser Nacht war „Wahnsinn“. Der 9. November 1989 hat tief in das Leben jedes Deutschen, jedes Europäers eingegriffen und seine weltpolitische Bedeutung behält bis heute seine nachhaltige Wirkung.

Gleichzeitig zerrüttete der Mauerfall in kürzester Zeit alle Politikansätze, in denen diese Mauer seit Jahrzehnten einen festen Platz hatte. Diese Mauer konnte den Zweck nie erfüllen, den ihre Erbauer ihr zugedacht hatten: die Identifikation der Bürger mit einem Staat, der sie eingemauert hatte. So wurde in der Nacht des 9. November die Destruktion des politisch Absurden zum Zeichen der neuen Macht der Revolution. Das wirkte zunächst auf die SED-Führung ein. Als am Morgen des 10. November der dritte Beratungstag des ZK der SED begann, konnte Krenz nicht erklären, wie es ohne Mauer weitergehen sollte. Verzweifelt rief ein Delegierter: „Wie sollen wir denn jetzt an die Arbeit gehen? Die Partei ist kaputt im Grunde genommen.“ Jetzt erfasste eine neue Rücktrittswelle die SED. Einer bemerkte: „Zur Zeit werden draußen in den Betrieben die Parteisekretäre reihenweise abgeschlachtet.“ Noch während der Sitzung kamen Botschaften von Gorbatschow, der eine Erklärung verlangte. Krenz telegrafierte, dass die Menschenmenge die Öffnung erzwungen hätte und behauptete, die Lage sei unter Kontrolle. Noch mehrmals plante Krenz mit Hilfe des Militärs eine Wendung herbeizuführen. Es blieb vergeblich. Zwischen den Besatzungsmächten wurden Botschaften ausgetauscht. Der Tenor dieser eiligen diplomatischen Bemühungen lag auf dem Versuch aller Seiten, eine Destabilisierung möglichst zu verhindern. Niemand hatte im ersten Moment konkrete Vorstellungen über die weitere Entwicklung. Auch Kohl blieb zurückhaltend, wenn auch erste Stimmen im Westen eine mögliche Wiedervereinigung ansprachen.

Auch die Opposition war bis zum 9. November davon ausgegangen, dass die Grenzen noch länger Bestand haben würden. Am 10. November tagte die Kontaktgruppe der Opposition erneut und setzte sich mit der Maueröffnung auseinander. Einige Beteiligte waren in der Nacht in West-Berlin gewesen. Auch Oppositionelle konnten ihre Freudentränen nicht unterdrücken. Die unmittelbare politische Konsequenz aus der Maueröffnung war nun die Beschleunigung der Bemühungen um einen Runden Tisch, da nach dem Scheitern des Dialogs zu Bedingungen der SED ein Verfahren gefunden werden musste, das eine höchstmögliche Verbindlichkeit von Vereinbarungen und die Unumkehrbarkeit im Demokratisierungsprozess garantierte. Außerdem gab es die Befürchtung, dass die Bevölkerung im Taumel der Grenzöffnung nicht mehr so intensiv demonstrieren würde.

Aber das wichtigste ungelöste Problem für die Opposition war die uneinheitliche Zielsetzung. Während Teile der Bürgerbewegung für die völlige Beseitigung des DDR-Sozialismus waren, hielten andere an reformerischen Konzepten fest. Symptomatisch hierfür waren Äußerungen von Bärbel Bohley in einem Rundfunkinterview, in dem sie erklärte: „Die Menschen sind verrückt und die Regierung hat den Verstand verloren.“ Sie und andere Oppositionelle wurden nicht müde, eine Perspektive für die DDR zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu verlangen. Da sie wie kaum jemand anderes in der Öffentlichkeit als repräsentativ für die gesamte Bürgerbewegung stand, vermittelte sich der Eindruck einer zerfahrenen und unsicheren Opposition, die sich vor allem Sorgen um den Erhalt der DDR machte. Andere Stimmen aus der Opposition wurden kaum noch gehört. Wolfgang Ullmann von Demokratie jetzt war von den Erfolgen der Revolution euphorisiert und meinte, dass im Aufbegehren, etwa in den großen Demonstrationen, ein selbstbewusstes „Staatsvolk der DDR“ entstanden sei, das seinen Staat erhalten wolle. Ein Irrtum, wie sich bald zeigen sollte.

So blieb es nicht aus, dass im November das Vertrauen der Bevölkerung in die Opposition schwand. In öffentlichen Versammlungen schlug sich die Enttäuschung nieder. Handwerker, kleine Geschäftsleute, Arbeiter und Vertreter der technischen Intelligenz forderten Oppositionelle auf, ihre Interessen wahrzunehmen. Das Gesamtbild der Opposition wurde durch ihre intellektuellen Sprecher geprägt und so gingen andere Positionen nahezu unter, auch innerhalb des Neuen Forums. Auch hier wurde die Einheit gefordert.

Die Befürchtung, dass die Bevölkerung sich nun mit den neuen Reise-möglichkeiten begnügte, war schnell gegenstandslos. In wenigen Tagen waren Millionen in die Bundesrepublik gereist. Auf bundesdeutscher Seite wurden die DDR-Bürger begeistert empfangen. Kirchengemeinden, Vereine und private Initiativen richteten Verpflegungsstellen ein, Geschenke wurden überreicht, die Hilfsbereitschaft kannte keine Grenzen. Gefüllte Einkaufstüten, Südfrüchte und natürlich Bananen wurden verteilt. Über Tage herrschte an der grünen Grenze Volksfeststimmung. Durch die Grenze getrennte Nachbarorte statteten sich Besuche ab, feierten Gottesdienste und Feste aller Art. An den Empfangsstellen wurde für jeden Einreisenden aus der DDR ein Begrüßungsgeld in Höhe von 100 DM gezahlt.

Trotzdem ließ die revolutionäre Energie nicht nach. Jetzt verwandelte sich die Legitimations-Losung „Wir sind das Volk“ in die politische Aussage „Wir sind ein Volk“. Typisch war die Losung: „Mit Reisefreiheit wollt ihr uns kaufen, wir aber werden unseren Sieg erlaufen.“ Nachdem die Teilnehmerzahlen bei den Demonstrationen in den ersten Tagen nach dem Mauerfall kurzzeitig zurückgegangen waren, stiegen sowohl die Zahl der Teilnehmer wie auch die der Demonstrationen noch einmal an. Vom 9. bis zum 30. November, also innerhalb von drei Wochen, fanden 550 Demonstrationen und Großkundgebungen statt. Die Menschen demonstrierten gegen die SED, gegen die Regierung, gegen das MfS, für freie Wahlen und immer kräftiger für die Wiedervereinigung Deutschlands: „Deutschland, Deutschland“. Das Symbol dieser Forderung waren die abertausend schwarz-rot-goldenen Fahnen, die den Demonstrationen ein neues Gesicht gaben. Und immer wieder versicherten die Demonstranten „Solange die SED regiert, wird weiter demonstriert.“ Die Demonstranten bestimmten das Tempo, sie nahmen die Entwicklung voraus: „SED – das ist wahr, das ist euer letztes Jahr.“

Auf die sich weiter steigernde Demonstrationswelle mit der dominierenden Forderung nach Wiedervereinigung hatte der Bundeskanzler sehr vorsichtig reagiert, da die deutsche Frage alliierte Vorbehaltsrechte betrafte und die Idee einer Wiedervereinigung in England und Frankreich nicht auf Wohlwollen stieß. Die Bundesregierung betonte, dass die deutsche Frage in den europäischen Einigungsprozess eingebettet sein müsse und beschränkte sich auf Gesprächskontakte in die DDR, auch zur Opposition. Am 21. November ließ ein Moskauer Emissär in Bonn durchblicken, dass Gorbatschow Handlungsbedarf sehe, da er die Instabilität der neuen

SED-Führung erkannt habe. Das führte zu einer Neuausrichtung der Deutschlandpolitik Kohls. Im Ergebnis legte Kohl am 28. November 1989 im Bundestag überraschend seinen „Zehn-Punkte-Plan zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas“ vor. Der Plan sah vor, dass sich die Bundesregierung weiterhin um die Lösung aller Probleme sorgen wollte, die sich aus der Massenflucht und dem Reiseverkehr ergäben. Das Angebot finanzieller Hilfen wurde erneuert, wenn es zu einem „grundlegenden Wandel des politischen und wirtschaftlichen Systems“ käme. Dazu gehöre auch die „Freilassung aller politischen Gefangenen“. In einer „Vertragsgemeinschaft“ sollten „konföderative Strukturen“ entwickelt werden „mit dem Ziel eine Föderation, d.h. eine bundesstaatliche Ordnung in Deutschland zu schaffen.“ Das solle darauf hinwirken, dass „das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangen kann.“ Die USA stimmten dem Plan mit Vorbehalten zu. Offen verärgert gab sich Gorbatschow. Der Plan steckte einen Handlungsrahmen ab, der von der ostdeutschen Bevölkerung als Wiedervereinigungspolitik verstanden werden konnte.

Der Zehn-Punkte-Plan Helmut Kohls schied die SED-kritischen Geister in der DDR. Jetzt versuchten Intellektuelle den Forderungen der Straße entgegenzuwirken. Die Rettungsversuche für die DDR kulminierten in dem Appell „Für unser Land“, der am 29. November im *Neuen Deutschland* abgedruckt wurde. Im Appell hieß es: „Entweder können wir auf der Eigenständigkeit der DDR bestehen und versuchen mit allen unseren Kräften und in Zusammenarbeit mit denjenigen Staaten und Interessengruppen, die dazu bereit sind, in unserem Land eine solidarische Gesellschaft zu entwickeln, in der Frieden und soziale Gerechtigkeit, Freiheit des einzelnen, Freizügigkeit aller und die Bewahrung der Umwelt gewährleistet sind. Oder wir müssen dulden, dass, veranlasst durch starke Zwänge und durch unzumutbare Bedingungen, an die einflussreiche Kreise aus Wirtschaft und Politik in der Bundesrepublik ihre Hilfe für die DDR knüpfen, ein Ausverkauf unserer materiellen und moralischen Werte beginnt und über kurz oder lang die Deutsche Demokratische Republik durch die Bundesrepublik vereinnahmt wird.“

Mit der Veröffentlichung des Appells wurde eine Unterschriftensammlung organisiert. Erstunterzeichner waren prominente Künstler, Kirchenleute und einige Oppositionelle. Aber auch die SED unterstützte den Appell, sah sie doch eine Möglichkeit ihn für ihren Machterhalt instrumentalisieren zu können. Nun aber hagelte es Proteste, in den Kirchen, in der

Opposition und vor allem auf der Straße. Der Appell ging schließlich trotz einiger hunderttausend Unterschriften unter, da die Bevölkerung ihn ignorierte und sich die Opposition mehrheitlich von ihm distanzierte.

In allen großen Oppositionsbewegungen wurde seit Ende November um programmatische Lösungen gerungen und gestritten. Am 2. Dezember tagte die Programmkommission des Demokratischen Aufbruchs in Berlin und stellte sich hinter den Zehn-Punkte-Plan Kohls. Allerdings kam die Kommission deswegen in die Kritik aus den eigenen Reihen. Der Vorstand der SDP gab am 3. Dezember eine „Erklärung der SDP zur deutschen Frage“ heraus, in der er sich zur Einheit der deutschen Nation bekannte. Erst müsse aber eine demokratische Regierung gewählt werden. Am 14. Dezember legte Demokratie jetzt seine „Deutschlandpolitischen Thesen“ vor, die einen Dreistufenplan der nationalen Einigung enthielten, der als ein komplizierter Weg zu einem Bund deutscher Länder konzipiert war.

In der Folge kam es in den Bürgerbewegungen zu harten Differenzierungskämpfen um die deutsche Frage. Die Opposition konnte mit diesen Positionen nur wenig Begeisterung auslösen. Die Bevölkerung erwartete die schlichte Botschaft, dass die Einheit Deutschlands jetzt, so bald als möglich hergestellt werden solle. Wichtige Wortführer der Opposition versagten sich dem immer stärker werdenden Drängen der Demonstranten. Da auch die basisdemokratischen Strukturen die politische Willensbildung erschwerten, nahm die Attraktion der Bürgerbewegungen seit November spürbar ab. Davon profitierte die SPD, aber bald auch die CDU. Diese stieß aber als Blockpartei bei anderen noch auf deutliche Ablehnung. Jetzt bildeten sich rasch neue Parteien, die allesamt auf eine schnelle Wiedervereinigung hinarbeiten wollten.

Aus heftigen Flügelkämpfen im Neuen Forum gingen etwa die in Suhl gegründete Forum-Partei Thüringen (FPT) mit Paul Latussek und Hansjoachim Walther sowie die in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) gegründete Deutsche Forumspartei hervor. Zu den ersten der neuen gehörte eine Initiative des Leipziger Pfarrers an der Thomaskirche, Hans-Wilhelm Ebeling, der am 25. November 1989 die „Christlich-Soziale Partei Deutschlands (CSPD)“ gegründet hatte, zu der auch bald der Jurist Peter-Michael Diestel stieß. Die Partei orientierte sich an der CDU/CSU der Bundesrepublik. In Sachsen und Südthüringen gründete sich eine CSU, in Mecklenburg die Freie Deutsche Union (FDU). Außerdem entstan-

den die Christlich-Demokratisch Soziale Union (CDSU), die Christlich Soziale Vereinigung (CSV), die Fortschrittliche Volkspartei (FVP), die Junge Union (JU), die Sozial-Bürgerliche Union (SBU) und die Volksunion Sachsen (VUS). Die Mehrheit dieser Splitterparteien schloss sich später als Deutsche Soziale Union (DSU) zusammen, die vor allem aus Bayern Unterstützung erhielt. Als Konkurrentin zur LDPD gründete sich die Freie Demokratische Partei (Ost-F.D.P.). Politisch zum Zuge kamen diese Parteien jedoch erst im Vorfeld der freien Wahlen im März 1990.

Zunächst dominierten noch die Bürgerbewegungen, denn unabhängig von der Frage der anzustrebenden Einheit Deutschlands war trotz aller Schwächen die kommunistische Macht noch nicht niedergedrungen. Für die Aufgabe der Entmachtung der SED erkannte die Bevölkerung der Opposition Kompetenz zu. Seit November musste die Opposition mehrere Prozesse im Blick haben, um eine neuerliche Konsolidierung der SED-Macht zu verhindern: die staatliche Ebene, die Verhandlungsebene und schließlich den Umgang mit dem wichtigsten Repressionsinstrument der SED, dem MfS.

Da die SED als Entscheidungsträger nahezu lahmgelegt war, trat ein neuer Akteur auf die politische Bühne, die Volkskammer. Dieses völlig von SED-Abgeordneten dominierte Pseudoparlament verlangte jetzt Mitsprache. Am 13. November trat die Volkskammer nach langer Pause wieder zusammen und versuchte parlamentarische Verfahren zu praktizieren. Sie wählte erstmals in einer Kampfabstimmung Günther Maleuda, den Vorsitzenden der Demokratischen Bauernpartei, zu ihrem Vorsitzenden. In dieser Sitzung wurden mehreren Spitzenpolitikern aus der Honecker-Ära die Mandate entzogen. Zum dramatischen Höhepunkt wurde der Auftritt des einundachtzigjährigen Ministers für Staatssicherheit, Erich Mielke, der versuchte, die Arbeit des MfS zu rechtfertigen. Als er versicherte: „Ich liebe, ich liebe doch alle, alle Menschen. Ich liebe doch, ich setzte mich doch dafür ein“, erscholl höhnisches Gelächter. Selbst die bisher völlig unterwürfigen Abgeordneten hatten ihre Angst überwunden.

Um ihre Legitimation aufzubessern, setzte die Kammer einen „Zeitweiligen Ausschuss zur Überprüfung von Fällen des Amtsmissbrauchs, der Korruption, der ungerechtfertigten persönlichen Bereicherung“ ein. Noch vor der nächsten Volkskammersitzung begannen die DDR-Medien über das luxuriöse Leben der SED-Führung zu berichten; vor allem stand die

Siedlung der Politbüromitglieder in Wandlitz im Visier. Die einsetzende Empörung machte sich an dem für Normalbürger unerreichbaren Zugang zu Westwaren, an aufwändigen Jagdhäusern und vielen Formen der Selbstbedienung fest. Die Wut über das süße Leben der „Avantgarde der Arbeiterklasse“ schlug sich auf den Demonstrationen nieder.

Am 1. Dezember 1989 strich die Volkskammer den Führungsanspruch der SED aus der Verfassung. Der neue Artikel 1 der Verfassung hieß nun: „Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern. Sie ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land.“ Weggefallen war der Nachsatz „unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei.“ Da Ministerpräsident Willi Stoph zurückgetreten war, wählte die Kammer am 13. November den Dresdener SED-Vorsitzenden Hans Modrow zu seinem Nachfolger. Mit ihm hatte die SED als letzte Machtbastion den Staat und seine Apparate in der Hand. Die noch treue SED-Presse versuchte, ihn als überparteilichen Landesvater aufzubauen. So nannte sie ihn in einer Art sprachlicher Mimikry „Premier“ in einer „demokratischen Koalition“. Auf den Demonstrationen war davon nichts zu spüren. An seinem Kabinett waren die Blockparteien mit mehreren Ministern beteiligt. In seiner Regierungserklärung versprach Modrow die Unumkehrbarkeit der Demokratisierung, die Einbeziehung der verschiedenen Interessengruppen, den Aufbau rechtsstaatlicher Verhältnisse, eine Verwaltungsreform, eine Wirtschaftsreform und eine umweltfreundliche Politik. Und er gestand die wirtschaftliche Misere ein; selbst ein Staatshaushaltsplan könne nicht mehr aufgestellt werden. Darum versprach er sich finanzielle Hilfe von der Bundesrepublik, die allerdings die Selbstständigkeit der DDR nicht antasten sollte.

Klammheimlich ging Modrow am 21. November einen neuen Pakt mit dem MfS ein, das jetzt Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) heißen sollte. In einem ersten Treffen mit dessen Generalen erläuterte er, dass das Herstellen eines neuen Vertrauens zur Bevölkerung sowie die doppelte Strategie von Integration und Bekämpfung anderer Parteien und der Opposition als eine „wichtige Seite auch der Wahlarbeit, die mal im nächsten Jahr auf uns zukommt“, anzusehen sei. Die Offiziere versicherten ihm, die Opposition weiter zu bekämpfen.

Popularität erhoffte sich Modrow, als er versuchte, einen antipolnischen Chauvinismus zu mobilisieren. Am 23. November beschloss die Regierung

„Maßnahmen gegen Schieber und Spekulanten“. Die Verdächtigungen richteten sich gegen Polen, die die DDR angeblich auskauften. Polen sollten auf Straßen und in Geschäften kontrolliert werden. Das Unternehmen misslang, da die Kirchen und die Opposition scharf protestierten. Mehr Glück hatte Modrow mit der Affäre um Alexander Schalck-Golodkowski. Dieser war am 3. Dezember aus der DDR geflüchtet, weil er den Hinweis von seiner bevorstehenden Verhaftung bekommen hatte. Schalck war als Devisenbeschaffer der SED treu ergeben, nun aber sollte er zum Sündenbock für die finanzielle Misere gemacht werden. Angeblich hätte er große Geldsummen veruntreut. Die moralische Entrüstung schlug hohe Wellen. Aber auch das konnte letztlich nicht von den wahren Verursachern der Krise ablenken.

Unterdessen ging auch der Zerfall der SED weiter. Bis Ende November verließ ein Viertel der Mitglieder die Partei. Um die Auflösungsstendenzen der SED zu bremsen, rief Krenz für den 3. Dezember 1989 die 12. Tagung des ZK ein. Mit der Opferung weiterer Spitzenfunktionäre und der Konzeptionierung eines Parteitages hoffte er, die innerparteiliche Lage zu beruhigen. Doch immer mehr Parteigliederungen verlangten eine völlige Neuordnung, auch den Rücktritt von Krenz. Innerhalb der SED meldeten sich Gruppen zu Wort, die seit Wochen an einer Reform ihrer Partei gearbeitet hatten und nun Druck ausübten. Am 3. Dezember lösten sich schließlich das Politbüro und das Zentralkomitee der SED auf. Krenz war nicht mehr Generalsekretär. Noch in der Nacht wurden die Räume des Politbüros von Gregor Gysi, einem der Putschisten, versiegelt. Die SED hinterließ ein Machtvakuum, das Modrow kaum auszufüllen vermochte. Egon Krenz trat am 6. Dezember 1989 auch als Staatsratsvorsitzender zurück. Sein Amt nahm Manfred Gerlach ein.

Inzwischen waren durch die Aktivitäten der Kontaktgruppe der Opposition die Vorbereitungen für einen Runden Tisch vorangekommen. Vertreter der Bürgerbewegungen luden die Kirchen nach mehreren Gesprächen ein, den Runden Tisch zu moderieren. Vereinbart wurde die erste Sitzung für den 7. Dezember 1989 im Dietrich-Bonhoeffer-Haus in Berlin. Vorgesehen waren als Teilnehmer auf Seiten der Opposition die fünf Bürgerbewegungen bzw. Parteien der Opposition. Auf Regierungsseite sollten die fünf in der Volkskammer vertretenen Parteien beteiligt werden. Diese Zusammensetzung änderte sich später durch die Teilnahme weiterer Organisationen, ohne aber die paritätische Stimmverteilung zu verändern. Die geschwächte SED konnte sich nicht mehr zur Wehr setzen und nahm

wie die Blockparteien ebenfalls die Einladung an. Begünstigt wurde die Opposition, weil sich in der letzten Woche vor der ersten Sitzung die Krise erneut zuspitzte. Die Demonstrationen nahmen nun immer schärfere Formen an. Das Neue Forum in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) drohte mit der Ausrufung eines Generalstreiks. In verschiedenen Städten kam es zu Warnstreiks. Seit dem 4. Dezember besetzten die Bürgerbewegungen die Stasizentralen.

Auf der ersten Sitzung des Runden Tisches formulierten die Teilnehmer dessen „Selbstverständnis“: „Die Teilnehmer des Runden Tisches treffen sich aus tiefer Sorge um unser in eine Krise geratenes Land, seine Eigenständigkeit und seine dauerhafte Entwicklung. Sie fordern die Offenlegung der ökologischen, wirtschaftlichen und finanziellen Situation in unserem Land. Obwohl der Runde Tisch keine parlamentarische oder Regierungsfunktion ausüben kann, will er sich mit Vorschlägen zur Überwindung der Krise an die Öffentlichkeit wenden. Er fordert von der Volkammer und der Regierung, rechtzeitig vor wichtigen rechts-, wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungen informiert und einbezogen zu werden. Er versteht sich als Bestandteil der öffentlichen Kontrolle in unserem Land. Geplant ist, seine Tätigkeit bis zur Durchführung freier, demokratischer und geheimer Wahlen fortzusetzen.“ Mit dieser im Kompromiss erreichten Formulierung war die Machtkontrolle durch die Opposition erstmals festgeschrieben. Auf der ersten Sitzung wurde zudem vereinbart, dass eine neue Verfassung und ein Wahl- und Parteiengesetz erarbeitet und die MfS-Nachfolgeeinrichtung AfNS unter ziviler Kontrolle aufgelöst werden sollte. Als Wahltermin wurde zunächst der 6. Mai 1990 festgelegt.

Unter der Moderation von Oberkirchenrat Martin Ziegler, Monsignore Karl-Heinz Dücke und Pfarrer Martin Lange bot der Runde Tisch ein Verfahren, im Zustand des Mangels an rechtlichen Regelungen den Demokratisierungsprozess unumkehrbar zu machen. Das gelang auch, wenngleich die Opposition sich mit vielen Täuschungsmanövern der Regierung auseinanderzusetzen hatte. Die Bürgerbewegungen mussten sich neben den Kontrollaufgaben zunehmend auch am Krisenmanagement beteiligen. Als das Konfliktpotenzial zwischen Opposition und Regierung abnahm, wurde der Runde Tisch zur Stütze der Regierung. So beteiligte sich die Opposition schließlich an einer „Regierung der nationalen Verantwortung“. Modrow nutzte dies, um das Herauslösen der SED-Kader aus der Gesellschaft zu erschweren, den Rückzug zu sichern, um ein Mindestmaß an materiellen Ressourcen und personellen Positionen zu behaupten. Es

gelang ihm aber nicht, die revolutionäre Energie sowohl der Opposition als auch des Volkes zu bremsen und zu kanalisieren. Zum eigentlichen Konfliktstoff wurde dabei der Kampf um die Auflösung des AfNS, der erst im Januar 1990 erfolgreich ausgestanden war.

Der Demokratisierungsprozess wurde zeitgleich durch die regionale und kommunale Selbstorganisation und durch Runde Tische auf allen Ebenen seit Ende November vorangetrieben. In wenigen Wochen beteiligten sich tausende Menschen in den Regionen an der Kontrolle der von der SED beherrschten Apparate. Dazu wurden neben den staatlichen Institutionen neue Strukturen geschaffen: Konsultativgruppen, Bürgerkomitees, Paritätische Kommissionen oder Dialogforen, für die sich zumeist die Bezeichnung Runder Tisch durchsetzte. Fast überall mussten diese Kontrollorgane gegen die SED durchgesetzt werden. Es bildete sich eine machtpolitische Doppelstruktur auf allen Ebenen, in der schließlich die Runden Tische seit Januar 1990 ein Übergewicht bekamen.

Die kirchlichen Vertreter verschiedener Konfessionen nahmen dabei vielfach eine hervorragende Stellung ein, zumal sie nahezu allein über Erfahrungen mit demokratischen Verfahren verfügten. Mit der Verselbständigung der Blockparteien löste sich die Polarisierung zwischen alten und neuen Kräften auf. An vielen Runden Tischen nahmen auch Vertreter der Massenorganisationen teil, etwa FDJ und FDGB, Vertreter der Nationalen Volksarmee, der Volkspolizei oder der Wirtschaft. Auf oppositioneller Seite waren neben den landesweiten Oppositionsbewegungen auch regionale und örtliche Initiativen oder Zusammenschlüsse vertreten.

Zu den Aufgaben der Runden Tische gehörte die Entflechtung der Gesellschaft und des Staates von der SED, die Kontrolle der kommunalen Verwaltungen, die Verteilung der Immobilien, Autos, Telefonanschlüsse des MfS. Die Runden Tische bemühten sich um Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen, da sich zahllose Bürger und Bürgerinnen mit Hilfesuchen und Beschwerden wegen tausendfach erlebten SED-Unrechts wie Berufsverboten, Haft, Enteignungen, Benachteiligungen usw. meldeten. Ein Themenfeld war das Bildungswesen, das bislang in fester Umklammerung der SED stand. Kämpfe wurden um Chancengleichheit in den Medien geführt. Häufig kümmerten sich die Runden Tische um die Zulassung von neuen Gewerben und um die Regelung von westdeutschen Wirtschaftsaktivitäten, um die verfallende Bausubstanz und die gravierenden Mängel im Gesundheitswesen.

Die Runden Tische sind alsbald in die Erinnerungskultur mit ambivalenten Bewertungen eingegangen. Später klagten viele Beteiligte, dass sie häufig getäuscht und „über den Tisch gezogen“ worden wären. Anderen erschienen die Runden Tische in einem günstigeren Licht. Nachdem die Abwehrkämpfe der alten Machtstrukturen überwunden waren, setzte sich oft eine Konsensdemokratie mit einstimmiger Beschlussfassung durch. Die Erfahrung der Demokratisierung, die wachsenden Möglichkeiten der Selbstbestimmung und die offene Aussprache wurden als Beglückung erfahren.

Die härtesten Kämpfe wurden zwischen der Opposition und den kommunistischen Machthabern um die Auflösung des MfS ausgetragen. Obwohl Anfang Dezember die Politisierung der Bevölkerung einen neuen Höhepunkt erreicht hatte, die Korruptionsaffären die Menschen erbitterten und Streiks ausbrachen, erweckte die Modrow-Regierung den Schein der Normalität und ließ das umbenannte MfS weiterarbeiten. In vielen Orten war es zu gefährlichen Situationen gekommen, weil Demonstranten – oder Provokateure – zu Übergriffen aufreizten. Wenn Demonstranten an den Gebäuden des MfS/AfNS vorbeizogen, waren aggressive und drohende Töne zu hören. Eine Greifswalder kirchliche Initiative nahm diese Ungeduld auf. Sie schlug vor, durch die DDR eine Menschenkette unter dem Motto „Ein Licht für unser Land“ am Sonntag, dem 3. Dezember zu veranstalten, um dem Reformverlangen Ausdruck zu verleihen. Hunderttausende Kerzenträger bildeten tatsächlich die Menschenkette.

Vielfach entlud sich die Wut in den Betrieben durch die Auflösung der Betriebsparteiorganisationen der SED. Ebenso begannen Arbeiter die in den Betrieben verankerten „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“, die ohnehin schon an einem Mangel an „Kämpfern“ litten, zu entwaffnen und aufzulösen. In größte Erregung wurde die Bevölkerung versetzt, als in diesen Tagen Gerüchte umgingen, in den Zentralen des MfS würden Akten vernichtet. Zeugen berichteten, dass Akten abgefahren und auf Müllkippen verbrannt würden. Andere erzählten, dass aus den Schornsteinen verkohlte Papierreste geflogen seien. Tatsächlich liefen in den 600 Dienststellen des Sicherheitsdienstes die Reißwölfe heiß. Die schlimmsten Untaten sollten für immer verdeckt werden. Am 3. Dezember rief das Neue Forum auf, Kontrollgruppen zu gründen, die die Verschleierungsversuche und Manipulationen der SED durchkreuzen sollten. Am frühen Morgen des 4. Dezember wurde auch im DDR-Hörfunk über Aktenvernichtungen berichtet.

Die Nachricht wurde zum Signal für beherzte Menschen, die bereit waren, die Risiken der offenen Auseinandersetzung auf sich zu nehmen. Dies geschah zuerst in Erfurt. Am Morgen des 4. Dezember 1989 beschlossen Frauen der „Bürgerinneninitiative Frauen für Veränderung“, gegen die Aktenvernichtung im Bezirksamt des AfNS einzuschreiten. Es gelang ihnen schnell, Oppositionelle, Kirchenleute, Betriebsbelegschaften und Angestellte zu mobilisieren. Die Menschenmenge umstellte die MfS-Gebäude; Autofahrer, unter ihnen Propst Heino Falcke und Fahrzeuge der städtischen Müllabfuhr, blockierten die Zugänge. Fahrzeuge, die den Komplex verlassen wollten, wurden von den Demonstranten nach Papieren durchsucht. Als die Demonstranten immer energischer Einlass forderten, gab der Bezirkschef, Generalmajor Joseph Schwarz, nach. Zunächst wurde einer zehnköpfigen Frauengruppe gestattet, die Räume zu besichtigen, unter ihnen Kerstin Schön, Gabriele Kachold (Stötzner) und Almuth Falcke. Später kamen weitere Kontrollgruppen in die Gebäude – insgesamt mehr als 100 Menschen. Nach Verhandlungen und im Beisein des herbeigeholten Militärstaatsanwaltes sorgten die Besetzer für die Versiegelung der Archive, inspizierten Waffen und Informationstechnik. Sie fanden auch Überreste von umfangreichen Aktenvernichtungen. Umgehend wurde eine Bürgerwache organisiert, die von Ulrich Scheidt angeleitet wurde. Noch am gleichen Tag wurden weitere Objekte des Staatssicherheitsdienstes in der Stadt aufgespürt und besetzt. Die Aktivisten gründeten am Tage darauf ein Bürgerkomitee, in dem neben einzelnen Bürgern die Vertreter der Opposition, der CDU, der LDPD und der Kirchen Stimmrecht hatten.

Die Nachricht von der Besetzung der Erfurter Bezirksverwaltung des AfNS verbreitete sich rasch und wurde zum Signal für die Besetzungswelle in der gesamten DDR. Die Nachrichten aus Erfurt lösten aber auch Kopflosigkeit und abstruse Planungen in vielen AfNS-Ämtern aus.

Noch am Abend des 4. Dezember nach dem Friedensgebet wurde die Leipziger Bezirksbehörde des AfNS von Bürgerrechtlern besetzt, während vor dem Gebäude tausende Menschen warteten und demonstrierten. An diesem Tag fiel auch das Amt in Rostock in die Hände der Opposition. Außerdem wurden knapp zwanzig Kreisdienststellen besetzt. Am 5. Dezember folgten die Bezirksämter in Suhl, Halle, Frankfurt/Oder, Cottbus, Dresden, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz), Magdeburg, Neubrandenburg, Potsdam, Schwerin. Fast überall verlief der Prozess friedlich, obwohl es gefährliche Situationen gab, da die Geheimdienstler schwer bewaffnet

waren und erregten Demonstranten gegenüberstanden. In Suhl leisteten die Offiziere lange Widerstand. Ein Kommandeur erschoss sich selbst. Die Akten wurden fast überall von den herbeigeholten Staatsanwälten versiegelt. Nur in Schmalkalden hatten Demonstranten das Gebäude nach langem Hin und Her erstürmt und Akten entnommen. Die MfS-Mitarbeiter flohen aus der Stadt.

Die unerfahrenen Besetzer konnten in den ersten Tagen nicht immer die gesamte Tätigkeit des Geheimdienstes lahm legen, der mit geheimdienstlichen Methoden versuchte weiterzuarbeiten. In Magdeburg und vor allem in Gera missglückte die Besetzung und konnte erst später nachgeholt werden. Die Geraer Offiziere verbreiteten am 10. Dezember noch einen Putschaufruf. Der ging angesichts der chaotischen Zustände in den anderen Ämtern unter. Um ein Gegengewicht zu den Bürgerkomitees zu schaffen, setzte Modrow nach den ersten Besetzungen Regierungsbeauftragte für die Bezirke ein. Diese sollten die AfNS-Ämter wieder stabilisieren und dabei einen Konsens über Aktenvernichtungen mit den Bürgerkomitees herstellen. Ihnen schlug vielfaches Misstrauen entgegen.

Mit den Besetzungen der Bezirksämter konnten die Bürgerkomitees der Diktatur eine schwere Niederlage beibringen. Allerdings war der Kampf gegen das MfS damit noch nicht zu Ende. Noch war das AfNS durch die Regierung nur formal aufgelöst, denn nicht überall funktionierte die Kontrolle. Versiegelte Räume wurden aufgebrochen, Staatsanwälte und Volkspolizei kollaborierten mit dem MfS, das Schicksal der Akten war ungewiss und in Berlin arbeitete noch die Zentrale des Apparates mit tausenden Mitarbeitern.

Während in der DDR die Revolution im vollen Gange war, versuchte die Bundesregierung die schwierige deutschlandpolitische Konstellation zu meistern. Mittelfristig waren alle Staaten am Status quo interessiert, und die Sowjetunion verknüpfte mit dem Erhalt der DDR Eigeninteressen. Die Bundesregierung konnte ein schwer wiegendes Argument vorbringen: Die Krise in der DDR war nicht von der Bundesrepublik zu verantworten. Sowohl die wirtschaftlich desolate Lage als auch die politische Krise waren hausgemacht. Mit dem anhaltenden Flüchtlings- bzw. Übersiedlerstrom – jeden Tag über 1.000 Menschen – und den Willensbekundungen der DDR-Bevölkerung beharrten die Ostdeutschen auf ihrem Selbstbestimmungsrecht. Kohl schrieb am 14. Dezember an Gorbatschow: „Jetzt haben die Menschen in der DDR ihr Schicksal selbst in die Hand genommen und ihre Freizügigkeit, ihre freie Selbstbestimmung und ihr

Recht, über die eigene Zukunft zu bestimmen, eingefordert. Kurzum: Die Menschen selbst haben die deutsche Frage auf die Tagesordnung gesetzt!“ Jetzt könne „es nicht Sinn und Aufgabe verantwortlicher Politik sein, den Entwicklungen hinterherzulaufen.“

Für den 19. Dezember 1989 war ein Treffen des Bundeskanzlers mit Modrow in Dresden geplant, bei dem es um finanzielle Hilfen und die angekündigte Vertragsgemeinschaft gehen sollte. Als der Bundeskanzler am Morgen auf dem Flughafen landete, bereiteten ihm die Dresdener einen begeisterten Empfang. Kohl traf sich am nächsten Tag auch mit Oppositionellen. Als er am späten Nachmittag des 19. Dezember zur Ruine der Frauenkirche ging, erwarteten ihn 100.000 und mehr Menschen. Ein Meer von Deutschland-Fahnen. „Wir sind ein Volk!“ – die Vergewisserung. „Deutschland, Deutschland“ – die Hoffnung. „Helmut, Helmut“ – der Hoffnungsträger. Kohl hielt eine sehr vorsichtige Rede, die auch den Ansprüchen aus Paris, London und Moskau gerecht werden sollte. Jubel brandete auf, als er sagte: „Mein Ziel bleibt – wenn die geschichtliche Stunde es zulässt – die Einheit unserer Nation.“ Kohl war selbst von der Kraft dieser Willensbekundung beeindruckt. Sie wurde nun zur Triebfeder einer auf die Einheit gerichteten Deutschlandpolitik. Die Opposition und die Grünen im Westen waren kritisch. Anders Willy Brandt, den die Chance der Vereinigung emotional stark berührte. Sein Wort vom 10. November „Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört“ schrieb sich ins Gedächtnis der Deutschen ein. Auf der anderen Seite stand Oskar Lafontaine, der eine schnelle Wiedervereinigung ablehnte. Die westdeutsche Gesellschaft wurde mehrheitlich von einer Einheitseuphorie erfasst. Bald schon folgten im Dezember großzügige Hilfen aus allen Bundesländern und aus der privaten Wirtschaft, die vor allem den Kommunen und dem Gesundheitswesen zu Gute kamen.

Trotz der neuen nationalen Perspektiven waren viele Menschen in der DDR misstrauisch. Sie befürchteten die Restauration der SED-Herrschaft. Auf dem Parteitag der SED wurde am 8. Dezember 1989 Gregor Gysi zum Vorsitzenden gewählt. Die Partei legte sich einen Beinamen zu: Partei des demokratischen Sozialismus – PDS. Sogar die Auflösung der Partei wurde debattiert. Doch Gysi verwies auf das gewaltige Eigentum der Partei, das in diesem Fall verloren gehen würde. So entstand der Eindruck, dass die SED-PDS sich konsolidieren könne. Jetzt trat aber ein Ereignis ein, der so genannte Treptow-Skandal, der zu einer Revolution in der Revolution führte.

In der Nacht des 27. Dezember wurden auf Teilen des Ehrenhains für die gefallenen sowjetischen Soldaten im Treptower Park in Berlin nationalistische Parolen angebracht. Die Losungen lauteten etwa: „Volksgemeinschaft statt Klassenkampf“, „Vorwärts im nationalen Befreiungskampf“. Für die sofort auf Hochtouren laufende SED-Propagandamaschine bestätigte der Vorfall die angeblich vorhandene faschistische Gefahr. Tatsächlich hatten Republikaner und andere rechtsradikale Gruppen in der DDR Flugblätter verteilt und in Leipzig versucht, bei Demonstrationen in Erscheinung zu treten. Von einer ernstlichen rechtsradikalen Gefahr konnte jedoch keine Rede sein. Die Demonstranten hatten sich regelmäßig von solchen Schreihälsen distanziert.

Die Vorfälle in Treptow boten der SED-PDS nun eine Gelegenheit, noch einmal einen antifaschistischen Konsens zu propagieren, in dem sie selbst und auch das MfS eine unersetzliche Rolle zu übernehmen hätten. Es wurde zu einer „Kampfdemonstration“ und einer „Einheitsfront gegen rechts“ am Tatort für den 3. Januar 1990 aufgerufen. Der SED-PDS-Parteivorsitzende Gysi erklärte vor 200.000 Genossen, dass neu über den Sicherheitsdienst geredet werden müsse, er werde jetzt gebraucht. Das reichte aus, um die Gesellschaft zu alarmieren.

Ein Schauplatz der Auseinandersetzung wurde der Runden Tisch. Die Opposition hatte schon seit Ende Dezember bemängelt, dass Modrow den Auflösungsprozess verzögerte, die Entwaffnung des AfNS ins Stocken geraten war und am Umbau des AfNS zu einem Verfassungsschutz weitergearbeitet wurde. Insgeheim traf er am 3. Januar strategische Abmachungen mit dem neuen Verfassungsschutz. In den besetzten Bezirksamtern wurden die Bürgerkomitees hinters Licht geführt und heimlich weiter Akten vernichtet. Die Opposition setzte daraufhin einen Beschluss durch, nach dem die Regierung bis zum 8. Januar verbindliche Auskünfte über die Auflösung des AfNS liefern sollte. Das geschah jedoch nicht. Die Opposition stellte ein neues Ultimatum. Sie wurde von der CDU unterstützt.

Zur Bekräftigung seiner unnachgiebigen Haltung gab Modrow am 11. Januar in der Volkskammer eine Regierungserklärung ab, in der er sagte, es sei unumgänglich, auch einen Geheimdienst zu unterhalten, der die DDR vor Neofaschismus und Kriminalität schützen sollte.

Noch während seiner Regierungserklärung am 11. Januar traten Ost-Berliner Bauarbeiter in den Warnstreik und demonstrierten vor der Volkskammer. Ihre Losungen richteten sich gegen die SED-PDS, für demokratische Erneuerung und die Wiedervereinigung. Eine Losung hieß: „Opposition am Runden Tisch, wir Bauarbeiter unterstützen Dich.“ Die lautstarken Demonstrationen in Berlin vor der Volkskammer hielten bis in den Abend an. Staatsflaggen wurden heruntergerissen und das kommunistische Emblem entfernt. Als es am nächsten Tag zur Aussprache über die Regierungserklärung kam, demonstrierten vor dem Sitz des Parlaments, dem „Palast der Republik“, die Ost-Berliner Taxifahrer. Sie fuhrten, verstärkt durch hunderte Privatautos, hupend Runde um Runde um die Volkskammer. In der Volkskammer drohten die Sprecher der CDU und der LDPD den Rückzug aus der Koalition an. Sie sprachen sich gegen die Neuauflage des Geheimdienstes aus. Am Ende der Debatte erklärte Modrow, dass es vor den Wahlen am 6. Mai keinen neuen Geheimdienst mehr geben werde. Allerdings musste das AfNS noch aufgelöst werden. Bevölkerung und Opposition blieben misstrauisch.

Am 15. Januar 1990 erschien Modrow am Runden Tisch und gestand nun die Auflösung des AfNS unter ziviler Kontrolle zu. Während der Sitzung kam die Nachricht, dass sich vor der AfNS-Zentrale in der Normannenstraße bis zu 100.000 Demonstranten versammelt hätten. Vertreter der Opposition machten sich auf, um die Menschen zu beruhigen. Auch Modrow erschien. Vor dem Gebäudekomplex stauten sich die Menschen. Im Tumult öffneten sich die Tore von innen. Die Menge erstürmte einige Gebäude und demolierte die Einrichtung. Der Sturm auf die Normannenstraße war und blieb eine Blackbox. Es wurde nichts zerstört, was für den Geheimdienst Bedeutung hatte. Wenn auch die Vorgänge am 15. Januar unklar blieben, war dennoch für die Öffentlichkeit ein Signal gesetzt. Das gefürchtete MfS war am Ende. Seine Hinterlassenschaft allerdings sollte die Menschen noch lange beschäftigen, die nun ihre Akten forderten. In der Nacht zum 16. Januar konstituierte sich ein Bürgerkomitee, das die Auflösung des AfNS begleiten sollte. In den Sitzungen des Runden Tisches am 18. und 22. Januar wurden weitere Schritte zur Auflösung des Geheimdienstes beschlossen.

Im Januar veränderte sich das äußere Bild der Demonstrationen. Dominierend waren nun die unzähligen schwarz-rot-goldenen Fahnen. Die Zahlen der Demonstranten erreichten vielerorts neue Rekorde. Allein am 8. Januar demonstrierten in Leipzig, Dresden und Karl-Marx-Stadt

(Chemnitz) zusammen eine halbe Million Menschen. Die Losungen und Worte der Transparente wurden für das SED-Regime zum Menetekel: „Zwei Montage nicht auf der Straße, schon hebt die SED die Nase“, „Lügen haben kurze Beine, Gysi zeig uns doch mal deine“. Besonders verärgert waren die Menschen, dass die SED-PDS die Einheitsbefürworter in die rechtsextreme Ecke stellen wollte. So hieß es jetzt: „REP und SED – Extreme tun uns weh – wir wählen SPD“, „Weder rot noch braun – Helmut Kohl vertraun“. Auch stieg spontan die Zahl der politischen Streiks. Die Arbeiterschaft hatte restlos das Vertrauen in den SED-Staat verloren und erwartete eine Besserung ihrer Lage nur noch durch eine baldige Wiedervereinigung.

FREIE WAHLEN UND WIEDERVEREINIGUNG

Am Montag, dem 22. Januar 1990, hieß eine Losung in Leipzig „Es wird langsam zur Qual – wir brauchen im März die Wahl“. Sie sollte die endgültige Entscheidung bringen. Die am 5. Februar 1990 von der Volkskammer gewählte „Regierung der nationalen Verantwortung“, mit acht Ministern ohne Geschäftsbereich aus der Opposition, wurde gelassen als Übergangsphänomen hingenommen. Die letzten Bemühungen von Modrow, die Bundesregierung zu weitreichenden Geldzahlungen zu bewegen, schlugen fehl. Am 13. Februar war zu diesem Zweck Modrow mit siebzehn Ministern, darunter die acht neuen, in Bonn erschienen. Auch das Interesse am Runden Tisch schwand. Der Runde Tisch wurde zunehmend zu einer Wahlkampf Bühne der Parteien.

Auch der Zusammenhalt der Opposition, der im Machtkampf mit der SED immer gegeben war, lockerte sich. Ein am 3. Januar 1990 geschlossenes „Wahlbündnis '90“, das alle oppositionellen Gruppen vereinte, war durch den Austritt der SPD und des Demokratischen Aufbruchs geschwächt worden. Einige der oppositionellen Gruppierungen wollten erreichen, dass keine Gastredner aus der Bundesrepublik auftreten sollten. Ein solcher Antrag fand zwar eine Mehrheit am Runden Tisch, wurde aber nicht eingehalten.

Noch kurz vor der Wahl beschloss der Runde Tisch am 5. März mit wenigen Stimmenthaltungen eine Sozialcharta, die ein umfassendes Sozialprogramm darstellte, das in dieser Form weder in der DDR noch in der Bundesrepublik existierte. Dieser maximalistische Entwurf, der unter anderem das Recht auf Arbeit und das Recht auf Wohnung enthielt, ging von der Annahme aus, dass es in der DDR „soziale Errungenschaften“ gab, die erhalten werden müssten. Die reale soziale Lage in der DDR, die millionenfache Altersarmut, der Pflegenotstand, der Niedergang des Gesundheitswesens, die Wohnungsnot, spielten offenbar keine Rolle. Es war ein Forderungskatalog an die Adresse Bundesrepublik.

Die Sozialcharta wurde später zu einem Bestandteil des Mythos Runder Tisch. Noch mehr aber besetzte die so genannte Verfassung des Runden Tisches diesen Platz. Die vom Runden Tisch eingesetzte Arbeitsgruppe „Neue Verfassung“ erarbeitete lediglich Teile einer neuen Verfassung. Diese wurden einer Redaktionsgruppe übertragen, die daraus einen Entwurf herstellen sollte, der der inzwischen neu gewählten Volkskammer zu übergeben war. Das erfolgte am 4. April. Einen vom Runden Tisch verabschiedeten Verfassungsentwurf hat es nicht gegeben.

In dem seit Februar einsetzenden Wahlkampf gab es einen gleitenden Übergang von Protestdemonstrationen gegen die SED in Werbeveranstaltungen der Parteien. Die Großveranstaltungen der Parteien brachten wie im Herbst 1989 tausende Menschen auf die Straßen. Die SPD wartete mit ihrer westdeutschen Politprominenz auf. Vor allem zogen die Altkanzler Helmut Schmidt und Willy Brandt die Wähler in großen Kundgebungen an. Auch Hans-Dietrich Genscher gelang es, Tausende zu mobilisieren. Aber auch die PDS, die für den Erhalt der DDR eintrat, konnte viele ihrer Anhänger auf die Straßen bringen. Die größte Anziehungskraft übte freilich Helmut Kohl aus, der in sechs Wahlkampfveranstaltungen insgesamt weit über eine Million Menschen ansprach. Er verkündete: „Keinem wird es schlechter gehen, vielen aber besser!“ Die Endphase des Wahlkampfes war von einem handfesten Stasiskandal überschattet. Der Vorsitzende des DA, Wolfgang Schnur, wurde als IM des MfS enttarnt. Kurz nach der Wahl erging es dem Vorsitzenden der SPD Ibrahim Böhme ebenso.

Am 18. März 1990 siegte die Revolution mit dem Stimmzettel. Diese Wahlen waren erkämpft, erbeten, herbeigelaufen und herbeigerufen. Und die Bevölkerung ging zu dieser Wahl – 93,22 Prozent. Nie vorher und auch nie wieder nachher sollten Wahlen eine so hohe Beteiligung erzielen. Die Revolutionäre waren in die Rolle der Wähler geschlüpft.

Das Wahlergebnis enthielt viele Überraschungen, vor allem den Sieg der Allianz für Deutschland, die aus der CDU, der DSU und dem DA bestand, mit zusammen 48 Prozent der Stimmen. Der Bund Freier Demokraten, ein Zusammenschluss der LDP, der F.D.P. und der Deutschen Forumspartei, erhielt 5,3 Prozent. Die SPD gewann 21,9 Prozent, die PDS 16,4 Prozent. Alle übrigen Oppositionsgruppierungen, Bündnis 90, Grüne Partei, Unabhängiger Frauenverband und Vereinte Linke brachten es zusammen nur auf 5,1 Prozent. Dieses Ergebnis war für die Bürgerbewegungen enttäuschend, da sie zusammen mit dem DA und der SPD die Hauptlast der Revolution getragen hatten. Die Wähler aber entschieden sich vorrangig für die Parteien, die sich eindeutig für eine schnelle Vereinigung aussprachen. Ein ähnliches Ergebnis erbrachten auch die ersten freien Kommunalwahlen am 6. Mai 1990.

Am 12. April 1990 wählte die Volkskammer Lothar de Maizière mit 265 Stimmen zum Ministerpräsidenten der Koalitionsregierung aus der Allianz, der SPD und den Liberalen. Die Zusammensetzung der Regierung mit zwölf Ministerien für die CDU, sieben für die SPD, drei für die Liberalen, zwei für die DSU und einem für den DA zeigte den personellen Austausch. Regierungssprecher wurden Matthias Gehler von der CDU und Angela Merkel, Stellvertreterin vom DA. Immerhin war die Revolution mit den beiden Pfarrern Markus Meckel (SPD) und Rainer Eppelmann (DA) vertreten. Allerdings gab es auch Altlasten, wie den zum Justizminister bestellten Kurt Wünsche (LDP), der schon unter Ulbricht dieses Amt innehatte.

Das Regierungsprogramm enthielt die Ankündigung einer Polizei- und Justizreform, die abschließende Auflösung des MfS und die Wiedereinführung der Länder. Weitgesteckt waren auch die Ziele der mit der Bundesrepublik auszuhandelnden Sozialunion, die eine Rentenerhöhung und Arbeitsförderungsmaßnahmen vorsahen. Für die kommende Währungsunion wurde ein Umtauschverhältnis von 1:1 angestrebt. Die Besitzrechte der DDR-Bürger sollten gewahrt werden, ungeborenes Leben geschützt und Frauen kostenlose Verhütungsmittel zur Verfügung gestellt werden. Viele dieser Handlungsziele konnten auch als Forderungen an die Bundesregierung verstanden werden, da sie aus eigener Kraft nicht hätten finanziert werden können. Die Koalition hatte sich darauf verständigt, die Verhandlungen mit der Bundesregierung über die Vereinigung auf der Grundlage des Artikels 23 GG zu führen. Ausdrücklich wurde erklärt, dass ein künftiges Deutschland an Polen keine Gebietsforderungen stellen würde. Beide deutschen Armeen sollten abrüsten.

Volkskammer und Regierung hatten ein riesiges Arbeitspensum zu bewältigen. Am 17. Juni 1990 wurde das „Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Verfassung der DDR (VerfassungsgrundsätzeGesetz)“ beschlossen, das alle Artikel der DDR-Verfassung aufhob, die freiheitlichen und rechtsstaatlichen Grundsätzen entgegenstanden. Vor allem sollten danach Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen und Einrichtungen der Bundesrepublik Deutschland übertragen werden können.

Als am 1. Juli 1990 der erste Staatsvertrag, der Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion in Kraft trat, wurde die Wirtschafts- und Rechtsordnung der Bundesrepublik durch die DDR übernommen. Bundeskanzler Kohl wollte keine Finanzhilfen für ein marodes Wirtschaftssystem gewähren und trat daher seit Januar, ebenso wie die SPD-Politikerin Ingrid Matthäus-Maier, für eine Währungsunion ein. Aufsehen erregten vor allem die Vorbehalte des Bundesbankpräsidenten, Karl Otto Pöhl, und des Sachverständigenrates für die wirtschaftliche Entwicklung. Sie machten auf die Risiken für die bundesdeutsche Finanzwirtschaft aufmerksam. Kohl blieb bei der Priorität des Politischen vor den ökonomischen Bedenken und wählte den kürzeren, wenn auch riskanten Weg.

Seit Januar war auf den Demonstrationen die Losung zu hören: „Kommt die D-Mark nicht nach hier, gehen wir zu ihr.“ Interesse und Engagement der Bevölkerung in der Währungsfrage waren enorm hoch. Als nach der Volkskammerwahl die Weichen für die Währungsunion gestellt wurden, setzten in der DDR rasch Demonstrationen ein, auf denen ein Umtauschkurs von 1:1 gefordert wurde. In Berlin waren es am 5. April 100.000 Menschen, in den Bezirksstädten zehntausende. Die Wucht dieser Demonstrationen gab schließlich den Ausschlag für die Entscheidung Kohls. Er hatte zwar vorher nie den Kurs 1:1 versprochen, aber die Ostdeutschen hatten ihn so verstanden. Es ging den Menschen ums Geld, aber sie wussten auch, dass sie mit dieser Währung mit einem Bein in der Freiheit standen. Und sie wollten auch die gleichen Bedingungen wie die Bundesdeutschen. Ersparnisse bis 6.000 Ostmark wurden zum Kurs von 1:1 umgetauscht. Höhere Guthaben zum Kurs von 2:1.

Ein Teil der Bevölkerung engagierte sich sehr energisch für die Einführung der Länder. Eine DDR-Identität hatte es nie gegeben, noch weniger hatte die Bevölkerung die politische Gliederung in Bezirke angenommen. Seit 1952 waren nämlich die Länder Mecklenburg, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen in vierzehn Bezirke aufgeteilt. So-

wohl die Opposition als auch die Demonstranten hatten die Rückkehr der Länder verlangt. In Sachsen waren die weiß-grünen Flaggen mit wettinischem Wappen schon Ende November bei den Demonstrationen aufgetaucht. So wurde am 22. Juli 1990 ein Ländereinführungsgesetz beschlossen. Strittig war oft der Zuschnitt der Länder. Wieder gab es viele Petitionen, Bürgerinitiativen und Demonstrationen, wenn Landkreise sich falsch zugeordnet fühlten. Auch andere Eingriffe in die regionale Identität durch die Kommunisten sollten geheilt werden. Dazu gehörte die schon im Oktober auf Demonstrationen geforderte Rückbenennung der Stadt Karl-Marx-Stadt in Chemnitz. Am 25. November 1989 gründete sich die Initiative „Für Chemnitz“, an der sich u. a. Künstler, Handwerker und Lehrer beteiligten. In einer Unterschriftenaktion sammelten sie bis Ende Januar 1990 43.000 Unterschriften und erreichten eine Volksabstimmung, die mit der Rückbenennung endete.

Ein weiteres Thema, das die Ostdeutschen tief berührte und sogar wieder auf die Straße brachte, war der Umgang mit den Hinterlassenschaften des MfS. Seit dem Frühjahr 1990 brachten die Medien fast täglich neue Meldungen über MfS-Belastungen, über Verbrechen dieses Geheimdienstes, über die Zuträger, über die vielfältigen Methoden der Kontrolle und der Zersetzung. Namen wurden genannt, Adressenlisten von MfS-Objekten veröffentlicht. Unumgänglich wurde eine Regelung für den Gebrauch der Akten. Das aber polarisierte die öffentliche Meinung sowohl in der DDR als auch in der bundesdeutschen Politik. Während die Bürgerbewegungen für die Öffnung der Akten zur Einsicht der Opfer des MfS und für Überprüfungen von Politikern eintraten, versuchten die DDR-Regierung, vor allem der neue Innenminister Peter-Michael Diestel, ebenso wie die Bundesregierung eine restriktive Lösung herbeizuführen. Die Befürchtung wurde geäußert, dass Politiker wegen illegal vom MfS gesammelter Daten Schaden nehmen könnten und dass es in der Gesellschaft zu unkontrollierbaren Auseinandersetzungen käme. Als am 24. August die Volkskammer das „Gesetz über die Sicherung und Nutzung der personenbezogenen Daten des ehemaligen MfS/AfNS“, verabschiedete, das eine dezentrale Lagerung der Akten und eine grundsätzliche Öffnung vorsah, eskalierten die Auseinandersetzungen. Die Bundesregierung wollte das Gesetz nicht in den Einigungsvertrag übernehmen. Darauf reagierte die Volkskammer umgehend. Es kam zu einer neuen Abstimmung, bei der das Gesetz vom 24. August noch einmal mit übergroßer Mehrheit bestätigt wurde. Der Protest weitete sich schnell aus. Bürgerrechtler, Vertreter des Neuen Forums und der Bürgerkomitees mit Bärbel Bohley und Katja

Havemann besetzten nach einer Demonstration einen Teil des Gebäudes des ehemaligen MfS und traten dort in einen Hungerstreik. Diese so genannte zweite Besetzung führte zu einer breiten Solidarisierung in der Bevölkerung. 50.000 Unterschriften wurden in kürzester Zeit gesammelt. Kommunen und Betriebsbelegschaften protestierten. Am 5. September richtete das Bürgerkomitee eine Mahnwache in Leipzig ein. Am 14. September kam es auch hier zum Hungerstreik. Mehrere Demonstrationen folgten. Im Ergebnis wurde am 18. September in einem offiziellen Briefwechsel festgelegt, dass der „gesamtdeutsche Gesetzgeber die Grundsätze, wie sie in dem von der Volkskammer am 24. August 1990 verabschiedeten Gesetz über die Sicherung und Nutzung der personenbezogenen Daten“ festgelegt wurden, „berücksichtigt“. Zudem sollte die politische, historische und juristische Aufarbeitung der MfS-Aktivitäten gewährleistet werden. Die Volkskammer akzeptierte diesen Kompromiss. Sie wählte entsprechend der ausgehandelten Vereinbarung Joachim Gauck als Sonderbeauftragten der Bundesregierung für die Unterlagen. Diese kategoriale Differenz im Umgang mit den Akten reicht bisweilen bis in die Gegenwart. Für die ostdeutschen Revolutionäre wurden das Gesetz zur Aktenöffnung und die auf seiner Grundlage arbeitende Behörde das zur Institution geronnene Erbe der demokratischen Revolution.

Ein weiteres nahezu unlösbares Problem war die als unvermeidbar angesehene hohe Rechtskontinuität, die sich aus der Spannung zwischen Staatsuntergang und der Staatsnachfolge ergab. Das in der Revolution aufgerichtete Recht hielt sich in den Grenzen des von der Opposition der 1980er Jahre erfolgreich praktizierten Legalismus, der auch Prinzip der Regierung de Maizière und der Volkskammer war. Ein „Recht der Revolution“, das sich allein aus dem Umsturz begründete, gab es nur in Ansätzen. Dies schlug sich sowohl in den vorsichtigen Korrekturen der DDR-Verfassung wie auch in der vorsichtigen Neuordnung der Rechtspflege nieder. Eine völlige Beseitigung des sozialistischen Rechtes wurde als eine mögliche Gefährdung der Einheit betrachtet. Ein hoher Preis, denn nicht nur in den Köpfen, sondern auch im Recht wurde die DDR nie ganz beseitigt. Bis in die Gegenwart wurden die Täter begünstigt.

Insgesamt muss die Leistung der Politik im Einigungsprozess gewürdigt werden. Außenpolitisch ermöglichte der „Zwei-plus-Vier“-Vertrag die Wiedervereinigung und die volle Souveränität Deutschlands in einem friedlichen Europa. Der Wahlstaatsvertrag zwischen der DDR und der Bundesrepublik ermöglichte die ersten freien gesamtdeutschen Wahlen

am 2. Dezember 1990. Vor allem aber bekam der „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands“, der vielhundertseitige mit 45 Artikeln, einem Protokoll und drei Anlagen versehene Einigungsvertrag, eine nachhaltige Bedeutung, da er viele Probleme löste, die sich aus der getrennten Entwicklung in vier Jahrzehnten ergeben hatten. Niemand konnte sich auf Erfahrungen stützen. Die Wiedervereinigung hatte kein Vorbild. Der Vertrag hat später viel Kritik erfahren. Doch Revolutionen und ihre Institutionalisierung folgen nicht der Weisheit nachträglicher Kritiker, sondern halten politische Situationen im Fluss. Die immer wieder in Umlauf gesetzte Legende, der Einigungsvertrag sei ein Diktat des Westens, stimmt nicht. Markus Meckel schrieb später: „Es ist uns gelungen, die institutionellen Abläufe auf dem Weg zur deutschen Einheit so zu gestalten, dass sie als Weg der Selbstbestimmung der Ostdeutschen beschrieben werden können.“ Am 20. September 1990 wurde der Einigungsvertrag von beiden Parlamenten mit großer Mehrheit ratifiziert.

Der 3. Oktober 1990 wurde zum „Tag der deutschen Einheit“. Ein Fest der Freude in Deutschland. Es war noch kein ganzes Jahr vergangen, seit der SED-Staat seinen triumphalen 40. Jahrestag am 7. Oktober 1989 feiern wollte und stattdessen mehr als 3.000 DDR-Bürger zusammenschlagen und verhaften ließ. Die Ostdeutschen hatten ihre Freiheit erkämpft und die Bedingungen geschaffen, die die Einheit ermöglichten. Die Westdeutschen trugen ihre ökonomische Kraft bei, ihre politische Erfahrung, ihre Medienmacht, die Gerüste einer funktionierenden Demokratie und die spontane Solidarität der Gesellschaft, die revolutionäre „Brüderlichkeit“ des teilnehmenden Handelns. Inzwischen ist Deutschland zur Normalität geworden.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AfNS	Amt für Nationale Sicherheit
CDSU	Christlich-Demokratisch Soziale Union
CSPD	Christlich-Soziale Partei Deutschlands
CSV	Christlich Soziale Vereinigung
DA	Demokratischer Aufbruch
Dj	Demokratie jetzt
DSU	Deutsche Soziale Union
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
F.D.P.	Freie Demokratische Partei (Ost-FDP)
FDU	Freie Deutsche Union
FPT	Forum-Partei Thüringen
FVP	Fortschrittliche Volkspartei
IFM	Initiative Frieden und Menschenrechte
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
JU	Junge Union
LDP	Liberal-Demokratische Partei (nach Umbenennung der LDPD)
LDPD	Liberaldemokratische Partei Deutschlands
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
NDPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NF	Neues Forum
PDS	Partei des demokratischen Sozialismus
REP	Republikaner
SBU	Sozial-Bürgerliche Union
SDP	Sozialdemokratische Partei
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
VL	Vereinigte Linke
VUS	Volksunion Sachsen
ZK	Zentralkomitee

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- *Hertle, Hans-Herrmann: Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstaflösung des SED-Staates. – Opladen: Westdeutscher Verlag, 1996.*
- *Jesse, Eckhard (Hrsg.): Eine Revolution und ihre Folgen. 14 Bürgerrechtler ziehen Bilanz. – Berlin: Links, 2000.*
- *Kowalczuk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR. – München: Beck, 2009.*
- *Kowalczuk, Ilko-Sascha / Sello, Tom (Hrsg.): Für ein freies Land mit freien Menschen. Opposition und Widerstand in Biographien und Fotos. – Berlin: Robert-Havemann-Gesellschaft, 2006.*
- *Küsters, Hanns Jürgen / Hofmann, Daniel: Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90. – München: Oldenbourg, 1998. – (Dokumente zur Deutschlandpolitik).*
- *Kuhrt, Eberhard in Verbindung mit Buck, Hannsjörg F. und Holzweißig, Gunter (Hrsg.): Die SED-Herrschaft und ihr Zusammenbruch. – (Im Auftrag des Bundesministeriums des Innern) – Opladen: Leske und Budrich, 1996. – (Am Ende des realen Sozialismus. Beiträge zu einer Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den 80er Jahren; 1).*
- *Neubert, Ehrhart: Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989 /1990. – München, Zürich: Piper, 2008.*
- *Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989. – 2., durchges. und erw. sowie korr. Aufl. – Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2000. – (Schriftenreihe; 346).*

DER AUTOR

Dr. Ehrhart Neubert, Jahrgang 1940, ist Theologe und war DDR-Bürgerrechtler. Gründungsmitglied des Demokratischen Aufbruchs; von Dezember 1989 bis Januar 1990 stellvertretender Vorsitzender des DA am Zentralen Runden Tisch. Von 1992 bis 1994 Mitarbeiter der Fraktion Bündnis 90 im Untersuchungsausschuss des Brandenburgischen Landtags zu den Vorwürfen gegen den Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg Manfred Stolpe. Von 1997 bis 2005 Fachbereichsleiter in der Abteilung Bildung und Forschung beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Von 1998 bis 2003 Vorstandsmitglied der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Dr. Ehrhart Neubert ist Vorsitzender des Bürgerbüro Berlin e.V., Verein zur Aufarbeitung von Folgeschäden der SED-Diktatur.

Publikationen (Auswahl): „Eine protestantische Revolution“ (1990), „Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989“ (1997), „Das Schwarzbuch des Kommunismus“ (Mitautor, 1998), „Die verdrängte Revolution. 17. Juni 1953“ (Mitautor, 2004), „Unsere Revolution“ (2008).

ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Dr. Ralf Thomas Baus
Leiter Team Innenpolitik
Hauptabteilung Politik und Beratung
10907 Berlin
Telefon: +49-30-2 69 96-35 03
E-Mail: ralf.baus@kas.de*

*Stefanie Pasler
Kordinatorin Neue Länder
Hauptabteilung Politik und Beratung
10907 Berlin
Telefon: +49-30-2 69 96-33 84
E-Mail: stefanie.pasler@kas.de*

PUBLIKATIONSREIHE „WEICHENSTELLUNGEN IN DIE ZUKUNFT“

In der Publikationsreihe „Weichenstellungen in die Zukunft“ bietet die Konrad-Adenauer-Stiftung umfangreiches Material zu den Themen „60 Jahre Bundesrepublik“ und „20 Jahre Wiedervereinigung“ an. Bisher sind in dieser Reihe erschienen:

- *Michael F. Feldkamp:
Der Parlamentarische Rat und das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland 1948 bis 1949.
Optionen für die Europäische Integration und die Deutsche Einheit
Sankt Augustin/Berlin, Juni 2008
ISBN 978-3-940955-09-8*
- *Bernd Sprenger | Bodo Herzog:
Währungsreform und Soziale Marktwirtschaft
Sankt Augustin/Berlin, Juni 2008
ISBN 978-3-940955-10-4*
- *Berndt Seite:
Weißer Rauch. Eine Erzählung aus den Tagen des Mauerfalls 1989
Unveränderter Nachdruck der Erstausgabe 2004.
Sankt Augustin/Berlin, Juni 2008
ISBN 978-3-940955-08-1*
- *Uwe Backes | Ralf Thomas Baus | Herfried Münkler:
Der Antifaschismus als Staatsdoktrin der DDR
Sankt Augustin/Berlin, Januar 2009
ISBN 978-3-940955-46-3*
- *Beate Neuss | Stanislaw Tillich | Richard Schröder:
Wege zu einer Kultur des Erinnerns
Dokumentation der Eröffnungsveranstaltung zur Ringvorlesung
2008/2009 „Wie schmeckte die DDR?“ des Bildungswerkes Dresden
der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Dresden und dem Freistaat Sachsen
Sankt Augustin/Berlin, April 2009
ISBN 978-3-940955-64-7*

Die Publikationen können per E-Mail (bestellung@kas.de) bestellt werden.

INTERNETPORTALE

Mit einer Wissensplattform reagiert die Konrad-Adenauer-Stiftung auf die zunehmende Verklärung eines Systems. *DDR – Mythos und Wirklichkeit* heißt das Internetportal und klärt auf über Alltag, Kultur, Wissenschaft und Ideologie in der DDR. Didaktisch aufbereitete Materialien für den Unterricht, Interviews mit Zeitzeugen und Veranstaltungshinweise sowie ein Kalendarium führen über die Jahrestage der DDR durch die Geschichte des Unrechtssystems – vom Scheitern der gemeinsamen Besatzungspolitik während der Potsdamer Konferenz im Mai 1945 bis zum Rücktritt des Politbüros und des ZK der SED im Dezember 1989.

Siehe unter www.kas.de/wf/de/71.6466/

Außerdem hat die Konrad-Adenauer-Stiftung für weitere Informationen zu den Jubiläen ein Internetportal unter www.kas.de/weichenstellungen eingerichtet.